

1 **DRITTER ENTWURF**

2 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme:**

3 **Politikwechsel für Thüringen – jetzt!!**

4 **Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009**

5
6 Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

7
8 Sie haben die Wahl!

9 Mit ihrer Stimmenabgabe am 30. August 2009 entscheiden Sie, wie es in unserem Land
10 weitergeht!

11 Mit dieser Wahl haben Sie die Chance, einen grundlegenden Wechsel einzuleiten!

12
13 In den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen enorm verändert, sichtbar
14 verändert. Mit der Bildung des Freistaates wurde das historische Erbe neu ins Bewusstsein
15 gerückt. Große Veränderungen und Errungenschaften haben ihre Wiege in Thüringen. Luther
16 erneuerte das Christentum, Goethe und Schiller machten Thüringen vorübergehend zum
17 geistig-kulturellen Zentrum Europas, berühmte Komponisten und Intendanten verhalfen den
18 Thüringer Theatern zu einem ausgezeichneten Ruf, Walter Gropius und seine Mitstreiter des
19 Bauhauses begeisterten mit völlig neuen Ideen, Architektur, Wirtschaft und Kultur. In den
20 letzten Jahren wurden neue Straßen gebaut bzw. vorhandene ausgebessert, verfallene
21 Innenstädte, Dörfer und Kulturdenkmale aufwendig saniert, Umweltsünden beseitigt.
22 Unternehmen haben sich neu angesiedelt, Arbeitsplätze wurden geschaffen; Hochschulen und
23 Forschungseinrichtungen haben sich etabliert.

24
25 Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Thüringen in 19 Jahren CDU-Regierung
26 auch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht und immer weniger
27 Menschen am gesellschaftlichen Fortschritt gleichberechtigt teilhaben. Die CDU ist
28 verantwortlich für die Anhäufung von mittlerweile 15 Milliarden Euro Schulden. Stagnation
29 und z. T. Rückschritte sind an vielen Stellen greifbar. Eine verfehlte Bildungspolitik vertieft
30 die soziale Selektion und Spaltung. Tausende Kinder in Thüringen leben in Armut. Thüringen
31 ist deutschlandweit zum Billiglohnland Nummer 1 geworden. Viele Menschen erhalten trotz
32 eines Vollzeitjobs ergänzend Hartz-IV. Täglich verlassen knapp 60 junge qualifizierte Leute
33 den Freistaat. Städte und Gemeinden sind zunehmend in ihrer finanziellen Existenz bedroht.
34 Direkte demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wird seitens der herrschenden
35 CDU nur halbherzig akzeptiert. Und die CDU-Politik trägt auch die Verantwortung dafür,
36 dass Vettern- und Parteibuchwirtschaft, schwarzer Filz regelmäßig bedient und unsägliche
37 Skandale produziert werden.

38
39 Eine solche Situation verlangt geradezu nach Veränderung!

40 **Doch VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

41
42 Auch auf Bundesebene vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Seit Jahren behauptet eine
43 neoliberale Propaganda, wegen der Globalisierung und der Demographiezahlen sei der
44 angeblich „ineffiziente“ Sozialstaat am Ende. In Wahrheit jedoch geht es aber um die
45 Durchkapitalisierung aller Bereiche des menschlichen Lebens aber auch der Privatisierung
46 des öffentlichen Eigentums. Alles dient dem Ziel der hemmungslosen Profitmaximierung der
47 Geld-Eliten auf Kosten der Schwachen in dieser Gesellschaft. Und die regierenden Politiker
48 in Bund und Land sowie die Mehrzahl der Medien, befördern diese Richtung mit „Reformen“
49 bzw. eintöniger Propaganda vom unabhängigen Markt und behaupten dreist, alles sei
50 alternativlos. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat schonungslos das Versagen dieser
51 Politiker und eines ungezügelter Marktes offen gelegt. Und auch hier geht die Lösung auf

52 Kosten des Steuerzahlers: Die Gewinne skrupelloser Spekulanten bei den Banken werden
53 privatisiert und die Verluste verstaatlicht.

54

55 Auch diese Politik verlangt geradezu nach Veränderung!

56 **Und diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

57

58 **Wir sagen, es ist jetzt Zeit für eine DEUTLICHE VERÄNDERUNG!**

59 **Wir sagen, wir wollen jetzt einen Aufbruch, eine neue Politik wagen!**

60

61 Wir, die Partei DIE LINKE, die von Anfang an gegen diese unsolidarische und
62 undemokratische Politik gekämpft hat, steht wie keine andere Partei für einen generellen
63 Politikwechsel hier in Thüringen. Und Sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber,
64 ob es in unserem Land zu einem wirklichen Wandel hin zu:

65

66 1. **mehr sozialer Gerechtigkeit,**

67 2. **gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle,**

68 3. **menschenwürdigen und Existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und
69 Männer**

70 4. **einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft
71 sowie**

72 5. **mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung**

73

74 kommt.

75

76 Mit diesen Leitprojekten wollen wir den Fortschritt wieder nach Thüringen holen - nicht nur
77 den wirtschaftlichen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wieder
78 herstellen und stärken.

79

80 Wir wollen an historische Traditionen dieses Landes anknüpfen und aus diesen Erfahrungen
81 schöpfen. Hier wurde karitatives Wirken populär gemacht, hier liegt die Wiege der
82 Reformation, Aufklärung und Toleranz fanden hier eine Heimat und das Bauhaus gilt als
83 Synonym für den Aufbruch in der Moderne.

84 Aber auch die dunklen Seiten der Vergangenheit, wofür die Namen Buchenwald und
85 Mittelbau-Dora stehen, sind Verpflichtung für uns, jegliche Tendenzen des
86 Rechtsradikalismus zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken.

87

88 Selbstverständlich sind der Landespolitik Grenzen gesetzt. Bundes- und Europapolitik sowie
89 die herrschenden Verhältnisse in einer globalisierten Welt setzen Rahmenbedingungen, die
90 wir nicht ignorieren können. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen Immobilien-
91 und Finanzkrise sind schwer absehbar. Sie ist Ergebnis einer falschen Politik gegenüber den
92 Banken und Vermögenden sowie Staaten, die Steueroasen zuließen, die die Konkurrenz der
93 Staaten untereinander maßlos werden ließen.

94 Zudem kosteten und kosten Thüringen von der CDU auf den Weg gebrachte unsinnige und
95 teure Großprojekte, enorme Steuermittel. Sie belasten zukünftige Haushaltsspielräume in den
96 nächsten Jahren, ohne dass diese Investitionen bislang zu einem selbst tragenden Aufschwung
97 beitrugen. Gleiches gilt für die untransparente Förderung der Landesgesellschaften.

98 DIE LINKE fordert deshalb zunächst für Thüringen einen umfassenden Kassensturz. Nach 20
99 Jahren CDU-Regierung in Thüringen muss Klarheit her, welche Erblasten der Thüringer
100 Bevölkerung durch die CDU auferlegt wurden.

101

102 Diese Umstände machen die Einleitung von Veränderungen schwierig. Dennoch ist sehr viel
103 möglich. Und viele Menschen warten auf ein solches Signal.

104

105 **Und dieses Signal, diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

106 **Wir wollen eine neue Politik, gemeinsam mit Ihnen gestalten!**

107

108 Unverzichtbar für eine solche neue Politik sind für uns aber die Schlussfolgerungen aus der
109 eigenen Vergangenheit und unserer Verantwortung. Denn nur wer die Lehren aus der
110 Geschichte berücksichtigt, kann die Zukunft verantwortungsvoll gestalten. Ein Sozialismus ist
111 ohne Demokratie, Freiheit, Solidarität und individuelle Rechte nicht denkbar. Ein Zurück
112 hinter diesen Gründungskonsens der PDS von 1990 wird es nicht geben. Soziale Grundrechte,
113 demokratische Teilhabe und individuelle Freiheit bilden für uns eine untrennbare Einheit und
114 Verpflichtung.

115

116 Darum werden wir den Zustand, dass Bürgerinnen und Bürgern von der Politik zu Zuschauern
117 degradiert werden, beenden. Wir wollen damit ein entscheidendes Vermächtnis der
118 politischen Wende 1989/90 umsetzen und mit Leben erfüllen. Das bedeutet für uns, direkte
119 Mitbestimmung und Teilhabe an der Politik für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

120 Damit werden wir Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, direkt in die Gestaltung der
121 Zukunftsaufgaben Thüringens einbeziehen.

122 DIE LINKE will gemeinsam mit IHNEN Thüringen zukunftssicher und attraktiv für alle
123 Generationen machen.

124 Wir wollen, dass jeder von seiner Arbeit Lohn auch leben kann.

125

126 Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam die Kraft, den Mut und den Willen haben, für
127 Veränderung in unserem Land zu sorgen.

128 **Deshalb ist ihre Entscheidung so wichtig!**

129 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

130

131

132

133 **UNSER LEITPROJEKT: MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT**

134

135 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit!**

136 Wir betrachten Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik, die den Menschen ermöglicht,
137 selbstbestimmt ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv zu gestalten. Für

138 DIE LINKE bedeutet Sozialpolitik die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge als Teil
139 der Lebensqualität in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wir wollen es allen Menschen

140 ermöglichen, in dem von ihnen gewünschten Rahmen an der Gesellschaft teilzuhaben, sich
141 also politisch, kulturell, künstlerisch, sportlich zu betätigen oder in anderen gesellschaftlichen

142 Bereichen einzubringen. Dazu müssen die Einschnitte in den Sozialstaat gestoppt werden.
143 Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee sozialer Gerechtigkeit und der Verantwortung des

144 Starken für den Schwachen.

145 Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bund für die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme ein.

146 Unser Ziel ist dabei die schrittweise Umgestaltung der Sozialversicherungen zu
147 Bürgerversicherungen.

148

149 DIE LINKE ist für die Schaffung einer effektiven sozialen Infrastruktur. Dazu bedarf es einer
150 regelmäßigen Sozialberichterstattung zur Analyse der sozialen Lage und deren Ursachen. Auf
151 dieser Grundlage werden im Rahmen einer Sozialplanung die Schwerpunkte sozialer Arbeit
152 in den Sozialräumen ermittelt und entsprechende Strukturen der sozialen Arbeit eingerichtet.

153
154 DIE LINKE wird eine Sozialpauschale einführen. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl
155 erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte finanzielle Mittel zur Schaffung von bis zu 200
156 sozialversicherungspflichtiger und nach Tarif bezahlter Arbeitsplätze in Thüringen, mit denen
157 langfristige, tragfähige Netzwerke sozialer Einrichtungen installiert werden können.
158 Vorrangig soll die Sozialpauschale für die Bereiche Frauen- und Familienzentren,
159 Seniorenbüros, Behindertenberatungsstellen, aber auch in der Suchtberatung und Prävention
160 sowie beim Verbraucherschutz und bei den Schuldnerberatungsstellen eingesetzt werden.
161 DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Sozialtickets für Busse und Bahnen ein, das
162 Menschen mit einem geringen Einkommen die heute unabdingbare gesellschaftliche Mobilität
163 ermöglichen soll.

164
165 Im Rahmen der Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger setzt sich DIE
166 LINKE dafür ein, dass die Finanzierung der Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege langfristig
167 und planbar garantiert wird. Dazu bedarf es unabhängig von den Einnahmen aus dem
168 Lottobetrieb gesetzlicher Regelungen. Damit kann eine langfristige und stabile Förderung
169 beider Bereiche gesichert werden.

170 Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge,
171 es ist entscheidend für ein solidarisches Miteinander und für das kulturelle und sportliche
172 Leben in Thüringen. Dennoch darf sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung ziehen und
173 die Last der ehrenamtlichen Arbeit aufbürden. Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf
174 es des Rahmens und der Unterstützung des Hauptamtes. DIE LINKE wird die politischen
175 Rahmenbedingungen zur Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern.
176 Die Aufgaben der Ehrenamtsstiftung bedürfen einer neuen Ausrichtung. DIE LINKE prüft,
177 die Mittel für die ehrenamtliche Arbeit in den kommenden Jahren erhöhen.

178
179 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige**
180 **Gesundheitspolitik!**

181 Gesundheitssicherung und medizinische Versorgung sind als soziales Menschenrecht nur als
182 öffentliche Aufgabe zu gewährleisten. Gesundheit dient der Persönlichkeitsentwicklung, der
183 autonomen Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung.

184 Es geht um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik im Sinne einer sozialen Prävention
185 einschließlich Gesundheitsbildung und –beratung. Das ist eine wesentliche Aufgabe des
186 Landes und der Kommunen. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt, damit er die
187 ihm obliegenden Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge, wie bei der Prävention, dem
188 Infektionsschutz, der Gesundheitsberichterstattung und der Beratung benachteiligter
189 Bevölkerungsgruppen, besser wahrnehmen kann. Wir wollen deshalb ein Gesetz über den
190 öffentlichen Gesundheitsdienst erlassen. Darin wollen wir auch die kommunalen
191 Gesundheitsämter stärken und sie dazu befähigen, wo nötig auf die regionale
192 Unterversorgung zu reagieren.

193 Die Prävention und die Gesundheitserziehung vor allem in Kindertageseinrichtungen und
194 Schulen werden in Zusammenarbeit mit den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung
195 erheblich verstärkt.

196
197 Die Sicherung einer ambulanten, stationären, rehabilitativen und komplementären
198 wohnortnahen Versorgung der Bürger entspricht den Grundsätzen für eine
199 verantwortungsbewusste Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe der kommunalen Körperschaft
200 und des Landes Thüringen. Die dazu notwendigen Instrumente – wie der
201 Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung für die ambulante Versorgung, die
202 gemeindenahere psychiatrische Versorgung und die Verantwortung des Landes für die
203 Krankenhausplanung – sind zu erhalten und gemeinsam mit den Kommunen abzustimmen.

204
205 DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, der drohenden und in einzelnen Regionen
206 bereits vorhandenen ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Dazu zählen Maßnahmen
207 der Wirtschaftsförderung, die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die
208 Verbesserung von Ansiedlungsreizen. Dabei muss auch die ambulante geriatrische
209 Versorgung weiter ausgebaut werden.
210 Um die Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Krankenpflege zu gewährleisten, ist der
211 Erhalt des Universitätsklinikums Jena in Trägerschaft des Landes zu gewährleisten und durch
212 einen eigenständigen Zuwendungs- und Leistungsvertrag weiterzuentwickeln.
213
214 Die Krankenhausversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von einst 72
215 Krankenhäusern weist Thüringen heute noch 46 aus. Zur Aufrechterhaltung einer bürgernahen
216 und altersgerechten und qualitativen medizinischen Versorgung dürfen keine Krankenhäuser
217 oder wichtige Fachabteilungen geschlossen werden. Deshalb muss auch eine weitere
218 Privatisierung (Kommerzialisierung) im Krankenhausbereich verhindert werden.
219 Alle Krankenhäuser müssen über ein auf ihre Region abgestimmtes
220 Schnittstellenmanagement bei der Überleitung in eine Anschlussheilbehandlung, in den
221 Pflegebereich etc. verfügen.
222 DIE LINKE will Thüringen als Reha- und Kur-Standort ausbauen, dabei werden regionale
223 und kommunale Trägerstrukturen sowie Bürgervereine und Stiftungen unterstützt.
224
225 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
226 **verbessern!**
227 DIE LINKE will eine Familienpolitik, die den heutigen vielfältigen Formen des
228 Zusammenlebens der Menschen Rechnung trägt und über die ausschließliche Betrachtung von
229 Trauschein, Herkunft und sexueller Orientierung hinausgeht.
230 DIE LINKE will mit ihrer Familienpolitik dazu beitragen, dass die Entscheidung für ein Kind
231 erleichtert und die Lebensbedingungen von Familien konsequent verbessert werden. Der
232 Ausbau der Kindertagesstätten als Bildungs- und Familienzentren muss auf einem hohen
233 qualitativen Niveau zügig umgesetzt werden.
234 Zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt werden wir derartige Arbeitsplätze im
235 öffentlichen Dienst sowie geeignete flexible Arbeitszeitmodelle anbieten. Kleinere und
236 mittlere Unternehmen werden bei der Einrichtung familienfreundlicher Arbeitsplätze
237 unterstützt.
238 Zur Wahrnehmung staatlicher Verantwortung gehört für DIE LINKE aber auch der Ausbau
239 von Beratungsstellen für Mütter und Väter, für Familienhilfe und für die
240 Schwangerschaftskonfliktberatung. Die Beratungsstellen sollen durch aufsuchende Hilfen
241 ergänzt werden.
242 Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen durch besonders qualifizierte Ärztinnen und Ärzte
243 sollen helfen, Gewalt an Kindern schneller zu erkennen und Jugendämter sollen darin
244 unterstützt werden, misshandelten und missbrauchten Kindern eine schnellere und
245 dauerhaftere Perspektive in Pflege- und Adoptivfamilien zu ermöglichen. Entscheidend ist
246 aber der Ausbau der Hilfestrukturen auszubauen, um Familien in schwierigen Situationen
247 rechtzeitig zu erreichen und dies langfristig zu finanzieren.
248
249 Die Stiftung FamilienSinn wird aufgelöst und die Aufgaben in die Landeshoheit
250 zurückgeholt. Die Angebote der Familienerholung und Familienurlaub werden dahingehend
251 ausgebaut, dass insbesondere Familien in schwierigen sozialen Lagen eine Möglichkeit der
252 Entspannung geboten werden kann.
253
254 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Konsequenz gegen Kinderarmut!**

255 Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal. Sie grenzt viele Kinder dauerhaft aus und
256 beschneidet ihre Entwicklungschancen. Armut der Eltern führt zu Armut der Kinder, die
257 bisher dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und in die Chancenlosigkeit
258 getrieben werden. Wir begrüßen das „Gemeinsame Soziale Wort zur Kinderarmut in
259 Thüringen“ der Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. ausdrücklich und werden uns für die
260 Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen einsetzen.

261 Ziel muss somit sein, die Einkommenssituation der Eltern zu verbessern. Die Armutsfalle
262 Hartz IV muss abgeschafft werden, mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn
263 muss das Lohndumping eingeschränkt werden und Frauen und Männer brauchen angemessen
264 entlohnte Arbeitsplätze.

265 Mit verstärkten Investitionen in die frühkindliche und schulische Bildung und einer
266 langfristigen Umstrukturierung der Schule hin zu längerem gemeinsamen Lernen muss allen
267 Kindern das Recht auf Bildung für die Zukunft eingeräumt werden. Zudem müssen Schule
268 und Jugendhilfe enger zusammenarbeiten.

269 Auf Bundesebene kämpft DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung, die allen Kindern als
270 finanzielle Leistung zur Verfügung steht, ohne dass diese auf das Familieneinkommen
271 angerechnet wird. Zusätzliche Mittel sollen für den Ausbau der Angebote der Kinder- und
272 Jugendhilfe eingesetzt werden. Damit werden Angebote geschaffen, die allen Kindern
273 zugänglich sind, unabhängig des sozialen Hintergrundes der Eltern.

274 Um eine eigenständige Kinderpolitik zu etablieren, müssen Kinder als selbständige Subjekte
275 wahrgenommen und mit mehr Rechten ausgestattet werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE
276 dafür ein, die in der UN-Kinderrechtskonvention formulierten Kinderrechte ins Grundgesetz
277 aufzunehmen. DIE LINKE wird die Kommunen bei dem Ausbau und der Stärkung der
278 Strukturen des Kinderschutzes unterstützen.

279 Mit einem Sofortprogramm will DIE LINKE Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen.
280 Bestandteile dieses Programms sollen unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen
281 in Kindertagesstätten und Schulen sein. DIE LINKE legt Wert auf eine ausgewogene
282 Ernährung hoher Qualität, verbunden mit einer Ernährungserziehung, die zum Bestandteil der
283 Bildungspläne gemacht wird. Dies auch im Rahmen der Gesundheitsförderung und
284 Prävention für Kinder. Wo möglich, sollen an Kitas und Schulen wieder Küchen eingerichtet
285 und betrieben werden.

286 Ebenfalls wird eine Unterstützung der Kommunen angestrebt, um Kultur- und
287 Freizeiteinrichtungen sowie die Nutzung von Busse und Bahnen für Kinder und Jugendliche
288 auf Dauer kostenfrei zugänglich zu machen.

289

290 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Aktiv im Alter – Stärkung der Rechte** 291 **der Senioren!**

292 DIE LINKE setzt sich für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns ein, das durch
293 Aktivität und Teilhabe gekennzeichnet ist. Ältere Menschen verfügen über Wissen, Erfahrung
294 und Kompetenz, was für die Gesellschaft von hoher Bedeutung ist. Anstelle von Ausgrenzung
295 und fehlendem Respekt setzt sich darum DIE LINKE dafür ein, dass ältere Menschen in die
296 gesellschaftlichen Prozesse integriert werden.

297

298 DIE LINKE kämpft gegen Altersdiskriminierung, wie sie z.B. bei Kreditvergabe und
299 Vertragsabschlüssen Alltag ist. Wir setzen uns in jedem Altersabschnitt des Menschen für ein
300 Leben in Würde ein und damit auch gegen Altersarmut und finanzielle Abhängigkeiten.

301

302 DIE LINKE wird ein Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und
303 Senioren auf den Weg bringen.

304

305 Selbst bestimmtes Leben in Würde, in jedem Altersabschnitt des Menschen, will DIE LINKE
306 durch Stärkung ehrenamtlichen Engagements, der Nachbarschaftshilfe und durch
307 Seniorenbegegnungsstätten fördern.

308 In Kommunen sollen Seniorenbeiräte gebildet werden, sie befördern den Erfahrungs- und
309 Gedankenaustausch zwischen Jung und Alt.

310 DIE LINKE ist für die Erstellung und Fortschreibung eines Landespflegeplanes sowie für die
311 Erarbeitung eines neuen Heimgesetzes zur Gewährleistung hoher Qualitätsstandards mit
312 einem höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege. Wir benötigen eine qualitativ und
313 quantitativ ausreichende Zahl von Pflegefachkräften und die Überarbeitung der
314 Ausbildungsinhalte, bei denen das Qualitätsmanagement in den Mittelpunkt rücken soll.

315 DIE LINKE setzt sich für tarifgerechte Bezahlung und Entbürokratisierung der Pflege ein.
316 Wir sind zudem für ein Landesprogramm, mit dem Pflegekräfte mit langjähriger
317 Berufserfahrung zu Pflegefachkräften weitergebildet werden. Ebenso müssen Fachkräfte im
318 Bereich der Gerontopsychiatrie aus- und weitergebildet werden.

319

320 Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sowie selbst bestimmtes Wohnen sind für DIE
321 LINKE Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde. DIE LINKE setzt sich
322 daher für den Erhalt und die Förderung bezahlbarer Wohnungen für Familien und ältere
323 Menschen und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Wohnungs- und
324 Bauprogrammen ein. Um den Wohnbedürfnissen älter werdender Menschen gerecht zu
325 werden, ist DIE LINKE für ein Programm zur Schaffung von barrierefreien, alternativen und
326 generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen. Insbesondere sind Wohnprojekte
327 zu fördern, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gegenseitig helfen können sowie
328 Wohnprojekte mit integrierten und ambulanten Pflegediensten und Dienstleistungsangeboten,
329 die ein längeres Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen.

330

331 DIE LINKE will Thüringen als attraktiven Wohn- und Lebensraum stärken und
332 weiterentwickeln. Familienfreundliche, sozial gerechte, demokratische und ökologische
333 Kommunen und Regionen sollen in Thüringen nachhaltig die Lebensqualität für alle
334 Bürgerinnen und Bürger sichern.

335 Stadtentwicklung/Städtebauförderung soll daher konsequent unter Berücksichtigung regionaler
336 Besonderheiten fortgeführt werden, um das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in
337 den Kommunen weiterzugestalten. Im Rahmen des demografiebedingten Stadtumbaus richten
338 wir besonderes Augenmerk auf die Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne und den
339 Erhalt des städtischen kulturellen Erbes.

340 Die Entwicklung der Stadt und der Regionen muss in stärkerem Maße wieder zur eigenen
341 Sache der Bürgerinnen und Bürger werden.

342 Bezahlbare Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind im Interesse des Gemeinwohls
343 sicherzustellen. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler
344 Versorgungsunternehmen lehnen wir ab.

345

346 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleichstellung von Frauen und**
347 **Männern!**

348 Wie demokratisch eine Gesellschaft ist, misst sich für DIE LINKE an der Freiheit von Frauen
349 und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können. Die
350 gerechte Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern
351 ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

352 Gewalt an Frauen, muss öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Wir brauchen
353 ein flächendeckendes Netz an arbeitsfähigen Frauenhäusern. Dazu gehören auch ein
354 überzeugendes Interventionskonzept und der Ausbau der Täterberatung.

355

356 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst
357 novelliert und von der Landesregierung tatsächlich angewendet wird. Das heißt auch, dass
358 Frauen so lange in Ministerien und Landesbehörden bei zu besetzenden Stellen bevorzugt
359 einzustellen sind, solange Frauen in den Führungsetagen unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig
360 gilt es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft zu befördern.
361 Dafür werden Gleichstellungsmaßnahmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
362 berücksichtigt. Im Bundesrat wird ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft in
363 Angriff genommen.

364

365 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach
366 Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen
367 um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit - ob am
368 Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von
369 Angehörigen. Besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten
370 Alleinerziehende. Bei der Arbeitsorganisation im Landesdienst wird besonders auf ihre
371 familiäre Situation Rücksicht genommen. Bei der Vergabe von Krippen- und Kitaplätzen
372 werden bei Engpässen Alleinerziehende besonders berücksichtigt.

373

374 Wir sagen: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zur Sicherung der ökonomischen
375 Unabhängigkeit!

376

377 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine Selbstbestimmte**
378 **Behindertenpolitik!**

379 Menschen mit Behinderung haben das Recht auf volle Teilhabe. Mit der Verabschiedung der
380 UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ wurde
381 deutlich, dass Behindertenpolitik nicht Fürsorge heißen kann, sondern den Einsatz für
382 Menschen- und Bürgerrechte bedeutet. Das heißt: Die sozialen Rechte „wie das Recht auf
383 schulische und berufliche Bildung und das Recht auf Arbeit“ müssen in nationales Recht
384 überführt werden. Eine Erweiterung der Thüringer Verfassung um diese Bürgerrechte wird
385 durch die Partei DIE LINKE angestrebt. Dieser Anspruch kann in Thüringen nur umgesetzt
386 werden, wenn die Schulgesetzgebung völlig neu gestaltet wird und Kinder mit und ohne
387 Behinderungen perspektivisch gemeinsam unterrichtet werden.

388

389 Um eine umfassende „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ in Thüringen zu gewährleisten, ist
390 es notwendig, das Thüringer Gleichstellungsgesetz für Behinderte zu novellieren. Es müssen
391 die Rechte und Pflichten des Behindertenbeauftragten gestärkt werden. Ein unabhängiger
392 Landesbehindertenbeirat soll die Landesregierung in allen Fragen der Gleichstellungspolitik
393 beraten.

394

395 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Dringlichkeit von barrierefreiem Bauen und
396 Wohnen erkannt wird und Förderprogramme zum Bau von barrierefreiem Wohnraum, auch
397 im ländlichen Raum, aufgelegt werden. Ebenso müssen Dienstleistungen ausgebaut werden,
398 dabei aber bedarfsgerecht und bezahlbar bleiben. Dem Wunsch nach gemeindenahem
399 Wohnen und Leben wird somit besser entsprochen.

400

401 Um den Bedarf nach persönlicher Assistenz zu sichern, setzt sich DIE LINKE für gesetzliche
402 Rahmenbedingungen in Land und Bund ein. So beispielsweise bei der Einführung eines
403 flächendeckenden trägerübergreifenden persönlichen Budget. DIE LINKE will unabhängige
404 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen kontinuierlich fördern.

405

406 Um ein eigenständiges Leben führen zu können brauchen wir mehr versicherungspflichtige
407 Arbeitsplätze, die aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe sowie aus Landesmitteln ein „Budget
408 für Arbeit“ geschaffen werden sollen. Versicherungspflichtige Arbeitsplätze sollen für die
409 Menschen, die es wollen, den Weg aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
410 ebnen.

411
412 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine bedarfsorientierte**
413 **Grundsicherung und gegen die Rente ab 67!**

414 Wir werden uns für eine bedarfsorientierte Grundsicherung gegenüber dem Bund, den
415 Rententrägern und öffentlichen Kassen einsetzen. Rentengerechtigkeit zwischen Ost und
416 West sowie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss endlich mit sozialen
417 Sicherungssystemen komplettiert werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Forderung
418 nach Abschaffung der Armutsfalle Hartz IV.

419 Die Grundsicherung soll in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit
420 für Menschen sozial absichernd sein.

421
422 Konsequenter sagen wir nein zur Rente ab 67 und streiten für flexible Ausstiegsmöglichkeiten
423 vor dem 65. Lebensjahr.

424 Die Bundesagentur für Arbeit muss endlich Altersteilzeitmodelle stärker fördern, die
425 Rentenwerte Ost und West müssen angeglichen, das Frauenrentenrecht angepasst sowie die
426 Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung abgeschafft werden.

427
428 DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein und gestaltet dies auch
429 durch kinderfreundliche Richtlinien in der Landespolitik aus. Zur eigenständigen Absicherung
430 von Frauen beim Bezug des Arbeitslosengeldes II wird eine Bundesratsinitiative zur
431 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften geprüft.

432
433
434

435 **UNSER LEITPROJEKT: GLEICHE BILDUNGSSCHANCEN UND KULTURELLE**
436 **TEILHABE FÜR ALLE**

437
438 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleiche Bildungschancen für alle!**

439 Das gegenwärtige Bildungssystem vertieft soziale Ungleichheit durch mangelnde
440 frühkindliche Bildung, fehlende individuelle Förderung, Unterfinanzierung und frühzeitige
441 Auslese. Es zementiert soziale Ausgrenzung. Hier gilt es, mit aller Kraft gegenzusteuern,
442 denn Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

443
444 Für die LINKE ist lebensbegleitendes Lernen Erfordernis jeder modernen
445 Gesellschaftsentwicklung. Hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine
446 der wichtigsten Aufgaben von Politik.

447
448 Die Stärkung der frühkindlichen Bildung stellt einen besonderen Schwerpunkt der LINKEN
449 im Bildungsbereich dar. Hierzu sind die Personalausstattung in den Kindergärten an die
450 europäischen Normen heranzuführen, die Förderpädagogik auszubauen, einheitliche
451 Bildungsstandards umzusetzen und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf
452 Fachhochschulniveau anzuheben. Zudem plädiert DIE LINKE für einen Rechtsanspruch auf
453 einen Kita-Platz.

454
455 Die LINKE will eine neue Schule für Thüringen. Eine solche grundlegende Veränderung wird
456 mittels Volksentscheid auf den Weg gebracht. Ziel ist die schrittweise Einführung des

457 längeren gemeinsamen Lernens aller Schüler bis zur Klasse 8. Grundschule und Regelschule
458 werden zur integrativen Regelschule zusammengefasst, an die sich ab Klasse 10 eine
459 gymnasiale Oberstufe bis zur Klasse 13 anschließen kann. Das Erreichen der Hochschulreife
460 über das Gymnasium ist von Klasse 9 bis Klasse 12 möglich. Ziel ist es, jedes Kind
461 entsprechend seiner Begabungen optimal zu fördern, kein Kind zurückzulassen und mit einer
462 sinnvollen Schulnetzplanung auch die Erhaltung kleinerer Schulen oder Schulteile zu
463 ermöglichen.

464
465 Die Schule soll als Lern- und Lebensort von Schülern und Lehrern ausgestaltet werden, in
466 dem Bildung und Erziehung gleichrangige Aufgaben darstellen und Raum für
467 Selbstentfaltung gegeben wird. Der Hort ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Schule.
468 Die Personalnot bei den Horterzieherinnen und Horterziehern wird beseitigt und offene
469 Ganztagsangebote werden in großer Breite ausgebaut. Das Personal wird bei einem
470 Arbeitgeber (derzeit beim Land) zusammengeführt. Der Ausbau des Angebots an gebundenen
471 Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag entsprechend des Bedarfs wird unabhängig
472 von der Trägerschaft gefördert.

473
474 Bildungseinrichtungen, die soziale Ausgrenzung befördern, können keine gleichen
475 Bildungschancen bieten. Deswegen ist die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die
476 stufenweise Gewährleistung einer gesunden und kostenfreien Ernährung an jeder
477 Kindertagesstätte und allgemein bildenden Schule Ziel der LINKEN. Pläne zur Aufhebung
478 der Lernmittelfreiheit durch die CDU müssen verhindert, die Kosten für Schulmaterial sozial
479 gestaltet und eine erhebliche Stützung des Schulessens als erster Schritt zur Kostenfreiheit aus
480 der Kraft des Landes herbeigeführt werden.

481
482 Verbesserungen im Bereich der Schulfinanzierung, Schulsanierung und der Personalpolitik
483 sind auf dem Weg zu einer besseren Bildung unerlässlich. Damit soll der sozialen Selektion
484 effektiv entgegengewirkt werden. Die Finanzierung von Bildung ist die wichtigste Investition
485 in die Zukunft Thüringen. Durch den Schülerrückgang freiwerdende Mittel dürfen deswegen
486 nicht abfließen, sondern müssen vollständig zur Qualitätsverbesserung von Bildung oder in
487 Investitionen eingesetzt werden. Neben der prinzipiellen Gleichbehandlung aller Lehrerinnen
488 und Lehrer (Schluss mit der Ungleichbehandlung von beamteten und angestellten Pädagogen)
489 muss endlich eine zukunftsorientierte Personalplanung, eine adäquate Entlohnung und eine
490 nennenswerte Neueinstellung junger Pädagogen durchgesetzt werden. Die staatlichen Schulen
491 sollen in Zukunft

492
493 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mehr Integration und Selbständigkeit an**
494 **den Schulen!**

495 In ihrem Bildungskonzept will die LINKE in Thüringen die Selbständigkeit und
496 Eigenverantwortung der Schulen und die Verantwortung der Kommunen für die Schule
497 entscheidend stärken. Die Schulen sollen in allen Fragen der Schul- und
498 Unterrichtsorganisation sowie der Lernqualität mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit
499 erhalten. Dies betrifft auch die Personalauswahl, die vollständige Verfügung über Budgets
500 und die Leistungsbewertung, wobei der Mitbestimmung der Eltern und Schüler eine wichtige
501 Rolle zukommt. Die staatlichen Schulämter sind mit den kommunalen Schulverwaltungen
502 zusammenzuführen, die inhaltlichen Kompetenzen der kommunalen Bildungsausschüsse und
503 der Schulverwaltungsämter sind entsprechend zu erweitern. Ein flächendeckendes und
504 wirksames Unterstützungs- und Beratungssystem für Kindereinrichtungen und Schulen ist zu
505 schaffen.

506 Die Zahl der Schulpsychologen ist deutlich zu erhöhen. Ein spezielles Landesprogramm
507 ermöglicht die Tätigkeit von Schulsozialarbeitern an jeder allgemein bildenden und
508 Berufsbildenden Schule.

509
510 Für die LINKE kommt es darauf an, alle förderpädagogischen Voraussetzungen zu schaffen,
511 um die Beschulung von Schülern mit besonderem Förderbedarf weitestgehend im Rahmen
512 des gemeinsamen Unterrichts an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen
513 durchführen zu können. Die Zahl an Förderpädagogen und sonderpädagogischen Fachkräften
514 an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen ist deutlich anzuheben

515
516 DIE LINKE streitet für eine Erhöhung der Jugendpauschale, mit der langfristig
517 Sozialarbeiterstellen gesichert und Angebote der Jugendhilfe bedarfsgerecht umgesetzt
518 werden.

519 Durch eine Ausfinanzierung des Landesjugendförderplanes soll zusammen mit
520 Jugendverbänden u.a. ein Fachreferentenprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt
521 werden.

522 In der Jugendarbeit muss die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards z.B. bei Streetwork und
523 bei den Häusern der offenen Tür wieder hergestellt und das geltende Fachkräftegebot, d.h.
524 durch qualifiziertes Personal, gesichert werden. DIE LINKE setzt sich in einzelnen Bereichen
525 der Jugendhilfe für konkrete Qualitätsstandards ein. Angestrebt wird, 1-Euro-Jobs und andere
526 Maßnahmen durch gemeinnützige öffentlich gefördert sozialversicherungspflichtige
527 Beschäftigung zu ersetzen.

528
529 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ausbildungsplätze für alle Schüler!**

530 Um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken, müssen in Thüringen deutlich
531 mehr betriebliche Ausbildungsplätze mit ausreichender sozialer Absicherung und guten
532 Übernahmechancen geschaffen werden. Die LINKE wird sich mit einer
533 Ausbildungsplatzumlage für eine gesetzliche Regelung einsetzen, die die Ausbildungslasten
534 zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen an Ausbildung stärker
535 interessiert. Im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen sowie der öffentlichen
536 Körperschaften ist eine Ausbildungsquote von mindestens 6 Prozent zu gewährleisten.

537 Der Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung und der Benachteiligtenausbildung bedarf
538 dringend der Neuordnung. Maßnahmen, die reine Warteschleifen sind, müssen abgeschafft
539 und ersetzt werden. Das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) ist durch praxisnahe modulare
540 Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und effektiven Hilfen für den
541 Übergang in Arbeit zu ersetzen. Die Berufsschulpflicht wird auf 18 Jahre gesenkt.

542
543 Jugendliche ohne Ausbildungsentgelt und ohne Anspruch auf Bafög oder vergleichbaren
544 Leistungen, werden durch eine Landesausbildungsbeihilfe unterstützt. Die LINKE setzt sich
545 für eine soziale Mindestsicherung junger Menschen in Schule und Ausbildung ein.

546 Die Entwicklung der beruflichen Schulen soll sich entsprechend bei einer
547 Berufsschulnetzplanung des Landes vollziehen, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und
548 die demografischen Probleme berücksichtigt werden.

549
550 Zur Sicherung der Qualität in der Berufsbildung und Berufsberatung setzt sich die LINKE für
551 die Wiedereinführung der Ausbildereignungsverordnung, für regelmäßige Kontrollen der
552 Ausbildungsqualität sowie für die Sicherung der Mitspracherechte von
553 Auszubildendenvertretungen ein – dies gilt auch für außerbetriebliche und vollzeitschulische
554 Einrichtungen. Polytechnische Bildung und Berufswahlorientierung werden in die Lehrpläne
555 der allgemein bildenden Schule integriert. Das Landesprogramm „Berufsstart“ wird auf alle

556 Schulen ausgedehnt. Damit soll die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher deutlich
557 gesenkt werden.

558

559 Neben schulischer, beruflicher und universitärer Bildung kommt vor allem der allgemeinen
560 und beruflichen Weiterbildung Bedeutung zu. Hierfür wollen wir ein
561 Bildungsfreistellungsgesetz und ein Erwachsenenbildungsgesetz, die die notwendigen
562 Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Netz an Volkshochschulen
563 und anderen Weiterbildungsträgern nicht ausgedünnt wird.

564

565 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine neue Wissenschaftspolitik!**

566 Hochschul- und Forschungspolitik müssen Kernstücke der Entwicklungs- und Standortpolitik
567 des Landes und folgerichtig auch seiner Investitions- und Finanzpolitik sein. DIE LINKE will
568 offene, soziale und demokratische Hochschulen gestalten, an denen ein solidarisches Lernen -
569 für alle, von Anfang an und ein Leben lang - ermöglicht wird. Eine kritische,
570 emanzipatorische und kooperative Wissenschaft ist der Grundstein für eine freie und
571 unabhängige Forschung und Lehre.

572 Ein Studium soll wissenschaftliche Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu
573 selbständiger Problemlösung befähigt werden. Es geht um die Einübung der Fähigkeit zum
574 Denken und Arbeiten durch wissenschaftliches Lehren und selbstständiges Lernen, sozusagen
575 als eine reflektierende Aneignung von Wissenschaft.

576

577 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für ein gebührenfreies Studium!**

578 DIE LINKE setzt sich zum Ziel, die Studienanfängerquote in den nächsten fünf Jahren auf 50
579 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten zu erhöhen. Dazu wird ein Anreiz- und
580 Stipendienprogramm erlassen, welches für die Thüringer Hochschulstandorte wirbt.
581 Weiterhin bedarf es einer deutlichen Einflussnahme in Bundesrat und
582 Kultusministerkonferenz zur Beibehaltung bzw. Festlegung bundesweit einheitlicher
583 Standards bei Studienabschlüssen, um den bildungspolitisch kontraproduktiven Beschlüssen
584 der Föderalismusreform entgegenzuwirken.

585

586 Wir gewährleisten den gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen
587 Hochschuleinrichtungen. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab und wird den
588 Verwaltungskostenbeitrag abschaffen. Zudem streben wir langfristig ein elternunabhängiges,
589 bedarfsdeckendes BAföG für alle Studierende ohne Rückzahlungspflicht an. Bei
590 abgeschlossenem Bachelorstudium wird das Recht auf freien Zugang zum Master eingeführt.
591 DIE LINKE wird mit Ansiedlungsstipendien bundesweit um Studierende werben.

592

593 Das Thüringer Studentenwerk soll ohne Erhöhung der Semesterbeiträge besser gestellt
594 werden. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ und im Dialog mit
595 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften wird ein
596 Programm „Studentischer Wohnraum“ angestrebt, das günstigen Wohnraum für Studierende
597 sichern soll.

598

599 Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes haben dafür Sorge zu tragen, dass
600 in ihren Einrichtungen künftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse mehr auftreten.
601 Ein-Euro-Jobs sollen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das Land
602 wird im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten die Tarifparteien bei der
603 Vereinbarung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte an den Thüringer Hochschulen
604 unterstützen. Es strebt dabei einen Mindeststundenlohn von 8 Euro an.

605 Das Land wird im Bundesrat sich zudem für eine nachhaltige Verbesserung des BAföG zu
606 einer Bedarfsdeckenden und elternunabhängigen Studienfinanzierung einsetzen.

607

608 Wir werden das Hochschulgesetz novellieren und das Entscheidungsrecht bei der Hochschule
609 für ihre innere Verfasstheit und Wahlfreiheit für Rektorat- oder Präsidialverfassung belassen.
610 Struktur und Bildungsangebote bleiben in der Hoheit der Hochschulen. Die Autonomie der
611 Hochschulen umfasst auch die vollständige Verfügung über die Budgets; das Land wahrt die
612 öffentliche Verantwortung, die Detailsteuerung obliegt den Hochschulen. Wir wollen
613 gesetzlich regeln, dass in allen demokratisch organisierten Hochschulgremien auch alle
614 Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen paritätisch beteiligt sind. Die verfasste
615 Studierendenschaft erhält das politische Mandat, die „Konferenz Thüringer
616 Studierendenschaft“ wird zur rechtsfähigen Körperschaft erhoben und die
617 Landeshochschulkonferenz wieder eingeführt.

618

619 Die LINKE wird ein Landesprogramm für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft
620 auflegen mit dem Ziel, mehr Frauen für Promotion und Habilitation zu gewinnen und die
621 Anzahl der Professorinnen deutlich zu erhöhen. Den Fachhochschulen soll das
622 Promotionsrecht gewährt und der Abbau von Geisteswissenschaften wird gestoppt werden.

623

624 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Perspektiven für Forschung und**
625 **Technologie!**

626 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie.
627 Exzellenz kann entwickelt werden, damit können innovative und dauerhafte Arbeitsplätze
628 geschaffen werden. Spitzenforschung lässt sich dauerhaft aber nur auf der Grundlage einer
629 breiten und finanziell gefestigten Basis etablieren.

630 Dazu will DIE LINKE die Potenziale von Hochschulen außeruniversitären
631 Forschungseinrichtungen, wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, Industrie- und
632 Berufsakademien gezielt stärken. Personalbudgets werden ausfinanziert und flexibilisiert.

633 Existenzgründungen aus Hochschulen werden mit einem eigenen Förderprogramm begleitet,
634 ebenso die Entwicklung von Technologietransferzentren. Die Ausgaben für Begleitforschung
635 und Technologiefolgenabschätzung werden erhöht.

636 DIE LINKE plant die Schaffung eines Landeswissenschaftsrates, der sowohl die Erstellung
637 von Wissenschafts- und Technologiekonzeptionen und deren Umsetzung begleitet und die das
638 Land bei der Ausrichtung der Förderprogramme unter Wahrung der Freiheit von
639 Wissenschaft und Forschung berät.

640 Die Stiftungen sollen noch stärker für die Förderung von Forschung und Entwicklung
641 gewonnen werden.

642 Die wissenschaftliche Forschung sollte ausgehend von demokratischen Entscheidungen auf
643 die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert werden. Abgelehnt
644 werden Patente auf Gene von Lebewesen oder Teilen von Lebewesen.

645

646 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ein neuer Stellenwert für die Kultur!**

647 Der Zugang zu Kultur für jede und jeden ist für DIE LINKE ein unverzichtbares Ziel. Kultur
648 braucht nicht nur einen neuen Stellenwert, sondern muss als wertvolle Ressource, als
649 bedeutender Standortfaktor verstanden werden.

650 Kultur muss auch als Teil der sozialen Frage ernst genommen werden. Wir treten deshalb für
651 den kostenfreien Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche und sozial Benachteiligte und
652 für die breite Integration kultureller Angebote in die Bildungspläne der Kindergärten und
653 Schulen ein.

654

655 Die LINKE plädiert für eine Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land
656 und Kommunen. Ein „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes soll
657 in den Thüringer Regionen zur planvollen Kulturentwicklung beitragen und einen sicheren

658 Rahmen für die abgestimmte Entwicklung von Projekten mit überregionaler Bedeutung wie
659 von gemeindlichen Initiativen schaffen.

660
661 Die Potenzen von Kultur für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entfaltung müssen deutlich
662 besser genutzt werden als bisher. DIE LINKE will deswegen ein langfristiges Programm
663 „Fachkräfte im Bereich der Soziokultur“. Es soll das bestehende Projektmanagerprogramm
664 erweitern und sowohl im Jugendbereich wie auch für die kulturelle Teilhabe von älteren
665 Menschen Angebote in der Fläche ermöglichen. Schwerpunktmäßig sind vor allem Angebote
666 für Kultur-Tourismus und Inseln für die Kreativwirtschaft zu fördern und zu entwickeln, unter
667 anderem sind hier die günstige Verpachtung geeigneter Gebäude und
668 Existenzgründungsprogramme geplant.

669
670 Das Land Thüringen verfügt über eine einzigartige reiche Kulturlandschaft, deren Schutz und
671 Pflege für DIE LINKE Verpflichtung ist. Sie bekennt sich darum zu den vielfältigen
672 kulturellen Aktivitäten im Freistaat, so z.B. zu 90 Jahre Bauhaus, zur Luther-Dekade 2007-
673 2017 oder zu den Bach-Wochen.

674 Die Stadt Weimar muss als Knotenpunkt vieler wichtiger historischer und kultureller Bezüge
675 besondere Aufmerksamkeit erfahren. Der Ausbau Weimars als Stätte der Klassik und des
676 Bauhauses, aber auch als Ort demokratischer Prozesse und brutaler Unterdrückung in der
677 deutschen Geschichte kann und muss die Stadt zu einem Lernort von internationaler
678 Bedeutung werden lassen.

679 Verfolgung und Widerstand gehören zu den Grundbestandteilen der Erinnerungskultur in
680 Deutschland. Wer auf sie zurückblickt, sollte sie in ihren Voraussetzungen, in ihrer
681 Entwicklung und Entfaltung und zugleich auch in ihren Konsequenzen sehen. Darum wird die
682 intensive Unterstützung der Arbeit der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie
683 der Erhalt weiterer Erinnerungsstätten generell ein untrennbarer Bestandteil der Politik der
684 Partei DIE LINKE sein.

685
686 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die langfristige Sicherung der**
687 **kulturellen Substanz!**

688 Die Theater des Freistaates Thüringen sind für DIE LINKE weit mehr als bloße
689 Kultureinrichtungen, vielmehr stellen sie zugleich soziokulturelle und Bildungszentren für die
690 Regionen dar. DIE LINKE will mit allen Akteuren im Bereich von Theatern und Orchestern
691 ein langfristiges Wirtschafts- und Betreiberkonzept erarbeiten, um künstlerische Qualität und
692 Vielfalt, die Erhaltung der Standorte sowie von Einrichtungen und Arbeitsplätzen zu
693 ermöglichen. Dies soll zu einem Theater- und Orchesterverbund führen, in dem auch das
694 Land seine Verantwortung wahrnimmt.

695
696 Denkmalpflege in seiner Ganzheit soll in Zukunft einen neuen Stellenwert erhalten. Dieser
697 Bereich ist nicht nur identitätsstiftend, sondern stellt ein wichtiges Mittelstands- und
698 Tourismusförderprogramm dar. DIE LINKE setzt sich darum dafür ein, die Mittel für die
699 Denkmalpflege zu erhöhen und ein eigenes Landesprogramm zu verabschieden. Im
700 Mittelpunkt stehen dabei nicht nur die direkten Denkmalschutzmittel, sondern auch der
701 Ausbau der personellen Ressourcen und der Forschungskapazitäten sowie die Schaffung eines
702 Denkmalpflegezentrums auf dem Erfurter Petersberg.

703
704 Die vielfältige Museenlandschaft Thüringens gilt es zu erhalten. Gemeinsam mit dem
705 Museumsverband will DIE LINKE langfristige Strategien nicht nur zum Erhalt des Status
706 quo, sondern zur Erhöhung der Attraktivität und der Vielfalt entwickeln.

707 DIE LINKE spricht sich auch für die Förderung der Erinnerungsorte an die Teilung
708 Deutschlands in der Epoche des Kalten Krieges, wie .z.B. Point Alpha, aus, um damit eine

709 Akzentsetzung in der notwendigen Geschichtsaufarbeitung in der Thematik Teilung und
710 Grenze vorzunehmen.

711

712 DIE LINKE setzt sich für verbindliche gesetzliche Regelungen zum Schutz von
713 Kultureinrichtungen mit einem besonderen Bildungsauftrag (z.B. Bibliotheken,
714 Musikschulen, Jugendkunstschulen) ein. Ziel ist die langfristige Sicherung von qualitativen
715 Standards und die Beseitigung sozialer Barrieren.

716

717 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Erhalt und Neudefinition des öffentlich-**
718 **rechtlichen Rundfunks!**

719 Medienkommunikation und Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren
720 Grundfragen demokratischer Beteiligung. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern,
721 Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in
722 Kontrollmöglichkeiten einbeziehen. Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die
723 Möglichkeit geben, sich vielstimmig zu artikulieren.

724 Die Aufgaben und der Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen durch die
725 Novellierung der MDR- und ARD-Rundfunkstaatsverträge neu definiert und der
726 Medienstandort Thüringen gestärkt werden.

727 DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass vorhandene Einsparpotentiale bei der
728 Festsetzung neuer Rundfunkgebührenerhöhungen stärker berücksichtigt,
729 Befreiungstatbestände sozial ausgestaltet sowie Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren
730 abgeschafft werden. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle
731 bezahlbar bleiben.

732

733 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der Breitbandanschluss als Universaldienst der
734 Telekom überall zur Verfügung steht und keine digitale Spaltung der Gesellschaft existiert.

735 DIE LINKE tritt für den Erhalt und die Entwicklung der Bürgermedien, d. h. offene Kanäle,
736 nichtkommerzielle Anbieter sowie freie Radios und des Schulfunks ein. Sie sollen die
737 Medienlandschaft in ihrer Vielfalt ergänzen.

738 Um Medienkompetenz zu entwickeln, muss es einen ungehinderten Zugang zum Internet in
739 Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen geben.

740 DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Stärkung der demokratischen Kontrollmöglichkeiten
741 der Medien durch Rundfunkräte, Redaktionsstatuten und Zuschauerbeiräte ein.

742 Die Ansiedlung von Film- und Fernsehmachern im Kinder- und Jugendbereich fördert DIE
743 LINKE durch Produktionskostenzuschüsse, Bürgschaften für Kredite und
744 Ausbildungsförderung für Künstler und Kulturmanager. Zudem setzt sie sich für einen
745 Medienpreis für Kinder- und Jugendproduktionen ein, der auf dem Thüringer
746 Mediensymposium verliehen wird.

747

748 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sportförderung ist Pflichtaufgabe!**

749 DIE LINKE betrachtet Sport als hohes Kulturgut.

750 Sport stellt eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und
751 Familienpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und
752 Umweltpolitik dar.

753 DIE LINKE sieht das Ziel einer Sportförderung in Erhaltung und Fortentwicklung einer
754 leistungsfähigen Sportinfrastruktur, die auch durch den Bund und die Länder gewährleistet
755 werden muss. Sportangebote müssen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für
756 Seniorinnen und Senioren, einschl. der Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und der
757 ständige Qualifizierung auch im Behinderten- und Rehabilitationssport garantiert werden.

758 DIE LINKE betrachtet Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen.

759 Sportförderung umfasst den Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport,
760 Sportwissenschaften und Sportmedizin.
761 DIE LINKE sieht in einer Erhöhung der Landesmittel für den Sportstättenbau einen
762 zwingenden Weg zur Verbesserung der Sportstättensituation, besonders auch der Frei- und
763 Hallenbäder. Es wird sich für eine Wiederauflage eines Programms zur Turnhallensanierung
764 durch das Land eingesetzt. Mit Blick auf eine stabile und nachhaltige Finanzierung des Sports
765 und seiner Organisationen soll mittelfristig über eine durch den Landeshaushalt festgelegte
766 institutionelle Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, diskutiert bzw. eingeführt
767 werden.

768

769 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für interreligiöse Kommunikation!**

770

771 DIE LINKE nimmt die religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse jedes Einzelnen ernst.
772 Die Trennung von Kirche und Staat beinhaltet für die LINKEN einen achtungsvollen Umgang
773 und Respekt vor den Aufgaben der anderen. Dies gilt ausdrücklich auch für das Wirken der
774 Kirchen im öffentlichen Raum. Dabei stehen Kooperation und Kommunikation im
775 Vordergrund. Sowohl die Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften ist Teil
776 dieses gesellschaftlichen Austausches als auch die Verständigung zwischen Religionen auf
777 der einen und der großen Mehrheit der sich als nicht religiös verstehenden Thüringerinnen
778 und Thüringer auf der anderen Seite.

779 DIE LINKE wird ihren aktiven Beitrag zur Ausgestaltung der Luther-Dekade bis zum 500.
780 Jahrestag des Anschlags der 95 Thesen im Jahre 2017 leisten.

781

782

783

784 **UNSER LEITPROJEKT: MENSCHENWÜRDIGE UND EXISTENZSICHERNDE**
785 **ARBEITSPLÄTZE FÜR FRAUEN UND MÄNNER - THÜRINGENS WIRTSCHAFT**
786 **STÄRKEN**

787

788 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sozialökologischer Umbau durch**
789 **Innovationen in der Regionalwirtschaft!**

790 Die Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, über 74 % der Unternehmen haben weniger als 10
791 Beschäftigte, 95 % weniger als 50. Viele Menschen sind abgewandert oder pendeln zur Arbeit
792 über Thüringer Grenzen hinaus oder haben sich selbständig gemacht. Prekäre Beschäftigung
793 hat große Ausmaße angenommen. Es besteht ein grundlegendes Defizit von Existenz
794 sichernden Arbeitsplätzen. Andererseits sind Firmen in zahlreichen Branchen entstanden, wie
795 die Solarenergie, Optik, denen eindeutig die Zukunft gehört. Thüringen bietet zudem gute
796 Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden.

797

798 Grundlegende Ziele LINKER Wirtschaftspolitik sind die Erhaltung und Schaffung Existenz
799 sichernder Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst
800 tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am
801 Arbeitsmarkt. Im Kern geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und
802 Förderung regionaler Wertschöpfung, um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und
803 Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem
804 in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur
805 und im Tourismus. Langfristige Potentiale sind vor allen in den wissens- und
806 forschungsbasierten Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein kann jedoch das
807 gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden.

808

809 DIE LINKE plädiert für eine generelle Bestandaufnahme bei der Förderpolitik. So sollen alle

810 bisherigen Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dazu sind Kriterien und
811 Zielformulierungen zu entwickeln und alle Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten,
812 die Gesamtzahl der Programme ist zu reduzieren. Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung
813 der EU- Programme ist zur Überprüfung der Ziele der operationellen Programme der EU zu
814 nutzen und in Abstimmung mit den EU-Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu
815 qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der Landesregierung und ihre jeweiligen
816 Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres Zusammenwirken insbesondere bei
817 komplexen Aufgaben mit dem Ziel von nachhaltigen Effekten zu erreichen.
818 Die Ministerien sollen ein gleichstellungspolitisches Programm erarbeiten, das in allen
819 Ressorts und Politikfeldern zur Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
820 und in der Gesellschaft beiträgt.

821
822 DIE LINKE wird, um beschäftigungspolitische Effekte insbesondere durch die Förderung von
823 Zukunftsbranchen, bei öffentlichen Dienstleistungen und der Infrastruktur zu erzielen, die
824 Entstehung von Arbeitsplätzen fördern und um Mittelstand und Handwerk zu stärken, ein
825 öffentlich finanziertes „Thüringer Zukunftsinvestitionsprogramm“ erarbeiten. Um
826 Infrastrukturprojekte innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe stärker zu unterstützen und zu
827 fördern, werden die Anteile der innerbetrieblichen und Infrastrukturförderung auf das
828 Verhältnis 60:40 geändert.

829
830 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Stärkere Förderung der einheimischen**
831 **Unternehmen und des Handwerks!**

832 Wir wollen die „Globalisierung regional gestalten“. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme
833 wird besonders die gezielte Förderung der einheimischen Wirtschaft und von regionalen
834 Wirtschaftskreisläufen sein. Priorität genießt bei der Wirtschaftspolitik die Förderung der
835 ansässigen Potentiale. Konkret unterstützt wird in Zukunft auch die Entwicklung von
836 Genossenschaften, um die gleichberechtigte Förderung von Unternehmen aller
837 Eigentumsformen zu realisieren. Dazu wird ein Thüringer Genossenschaftsgesetz erarbeitet.
838 Initiiert werden soll die Schaffung einer neuen Rechtsform „Kleine
839 Genossenschaft“/„Wirtschaftlicher Verein“/„Kooperativgesellschaft“.

840
841 In Thüringen sollen kleine und mittlere Unternehmen und das einheimische Handwerk
842 Vorfahrt haben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, sind
843 bodenständig und regional verwurzelt. Wirtschaftsförderung ist stärker in Darlehensform zu
844 gewähren. Die in Thüringen bisher durch die Landesregierung angekündigten bzw.
845 eingerichteten Fonds zur Förderung von Zuschüssen und Darlehen für kleine und mittlere
846 Unternehmen und das Handwerk sind deshalb in ihrem Volumen deutlich aufzustocken.

847
848 Zu Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks wird
849 DIE LINKE ein modernes „Mittelstandsfördergesetz“ vorlegen. Das Gesetz soll u. a. die
850 Zusammenarbeit und Vernetzung zahlreichen Selbstständigen und Freien Berufen als
851 Einzelunternehmen fördern und unterstützen. Zu berücksichtigen sind auch die spezifischen
852 Probleme der kleinen und Kleinstunternehmen, wie Vertriebsstrukturen, Marketing/Werbung,
853 Marktzugang, Bedarf an Mikrodarlehen.

854 Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, sollen durch eine Taskforce im
855 Wirtschaftsministerium, die mit den Kommunen eng verknüpft ist, Hilfe zur Selbsthilfe
856 erhalten. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmoratorien
857 werden geprüft.

858
859 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Existenz sichernde Löhne anstatt**
860 **Lohndumping!**

861 DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B.
862 Leiharbeit oder kostenlose Dauer-Praktika junger Absolventen. Um Lohndumping bei der
863 Vergabe öffentlicher Aufträge zu vermeiden, ist die Einführung eines „Thüringer
864 Mindestlohn- und Vergabegesetzes“ nötig. Im Mittelpunkt steht das Gebot, öffentliche
865 Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tariflöhne und die Existenz sichernde
866 Mindestlöhne nicht unter 8 Euro pro Stunde zahlen. Weitere Kriterien werden sein, dass es
867 sich um Unternehmen handelt, die Menschen mit Behinderung einstellen, die
868 überdurchschnittlich aus- und weiterbilden, die Chancengleichheit befördern und
869 familienfreundlich sind. Darüber hinaus werden weitere soziale und ökologische Kriterien
870 definiert. Das Gesetz soll auch den Rahmen für Anforderungen an planerische Leistungen z.
871 B. betriebliche Energie sowie Regelungen zu Zahlungsmodalitäten bei öffentlichen Aufträgen
872 einschließlich von Pfändungsrechten der Auftragnehmer enthalten. Zur Reduzierung der
873 Vergaben an Großunternehmer ist einer ausgeweitete Losweisen Vergabe Vorrang
874 einzuräumen. Ein „Forderungssicherungsgesetz“, welches mit Kammern und Verbänden
875 sowie Gewerkschaften abgestimmt wird, soll durch eine Bundesratsinitiative vorbereitet
876 werden.

877
878 Wir werden ein komplexes Programm „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“
879 verabschieden. Es dient dazu, die Aus- und Weiterbildung zur Sicherung des künftigen
880 Fachkräftebedarfes als Bestandteil einer zukunftsorientierten Struktur- und
881 Beschäftigungspolitik und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu organisieren. Darüber
882 hinaus befürwortet DIE LINKE entsprechend dem Bedarf eine Erweiterung der
883 Berufsakademien, die sich mit ihrer praxisnahen Ausbildung gut etabliert haben.

884
885 Um die Unterstützung ansiedlungswilliger Unternehmen effektiver und unbürokratischer zu
886 gestalten, werden in Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft und den
887 Kammern die Bestandspflege bestehender Unternehmen, Beratungs- und Coachingangebote
888 für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die begleitende Betreuung von Ansiedlungen
889 und Rückkehrerinitiativen forciert.

890
891 Die Thüringer Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene muss sich wesentlich stärker
892 als bisher auf ihre Servicefunktion gegenüber Investoren und Unternehmen orientieren. Dafür
893 müssen Zuständigkeiten gebündelt, Investitionshemmnisse abgebaut und Verfahrensfragen
894 auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ziel der Anstrengungen ist der Aufbau einer
895 serviceorientierten Verwaltung, die das Know How der Wirtschaftsförderung bündelt und
896 Unternehmen problemlösungsorientiert (Qualifizierung, Markterschließung, Liquidität) zur
897 Seite steht. In der Staatskanzlei soll ein „Obmann für Verwaltungsmodernisierung“
898 geschaffen werden, der als Ansprechpartner bei Bürokratiehemmnissen zur Verfügung steht
899 sowie Anregungen zur Verwaltungsmodernisierung aufnimmt und in die Ressorts einspeist.

900 Die Partei DIE LINKE wird in Regierungsverantwortung eine Reihe Initiativen auf den Weg
901 bringen, um für solche Verbesserungen zu streiten. Wir planen für diese Zeit mehrere
902 Bundesratsinitiativen zu gesetzlichen und Existenz sichernden Mindestlöhne zur Sicherung
903 des Lebensunterhalts, zur Stärkung der Kaufkraft, zur Einführung einer armutsfesten und
904 Existenz sichernden sozialen Grundsicherung und die Verteidigung von sozialen und
905 Arbeitnehmerrechten sowie zur Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften.

906
907 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mit Innovationen Arbeitsplätze schaffen!**
908 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie.
909 Damit können innovative und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden. Thüringen hat im
910 Bereich der Forschung an Unternehmen deutlichen Nachholbedarf. Wir wollen darum ein
911 Standortmarketing, das sowohl weiche als auch harte Standortfaktoren, wie z.B. Bildung,

912 Kultur und Infrastruktur, umfasst. Voraussetzung dafür ist sozialökologischer Umbau unter
913 Wahrung und Entwicklung kultureller Gegebenheiten. Wir wollen die Bündelung der
914 Forschungsförderung. Kernstück ist ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagen- und
915 angewandter Forschung; die Förderung von Zukunftstechnologiekonzepten (Energiewende,
916 Informatik, Optik, Altersforschung, Medizintechnik usw.) und Branchenclustern. Die
917 spezifische Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Strukturen in Clustern und
918 Netzwerken wird als vorrangiges Ziel verfolgt. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen
919 Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft wichtige Voraussetzung. DIE LINKE
920 will, dass in Zukunft Unternehmen steuerliche Vergünstigungen für Investitionen in
921 Forschung und Entwicklung erhalten. Ein Programm für technologieoffene Förderung von
922 Kooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen soll aufgelegt
923 werden. Technologie- und Gründerzentren werden durch das Land anteilig finanziert.

924
925 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Neue Ansätze in der**
926 **Arbeitsmarktförderung!**

927 Auf der Grundlage eines Thüringer Landesarbeitsmarktprogramms soll der Ausbau von
928 Dienstleistungen der Daseinsvorsorge durch öffentlich finanzierte Beschäftigung unter
929 Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente zielgerichtet entwickelt werden. Wichtigste
930 Kriterien dafür sind, die Maßnahmen müssen versicherungspflichtig und Existenz sichernd,
931 freiwillig und langfristig - für Ältere unbefristet - sein. In Zusammenarbeit mit den
932 Kommunen, Landkreisen und Freien Trägern sollen längerfristige (mindestens dreijährige)
933 Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierbei soll auf die gleichberechtigte Beteiligung von
934 Frauen geachtet werden.

935
936 Um neue, innovative Ansätze erproben zu können, ist die Förderung von Modellprojekten der
937 aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren der Neuen Arbeit) nötig. Um dabei finanzielle und
938 inhaltliche Synergieeffekte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, soll eine
939 Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossen werden.

940
941 Von grundsätzlicher Bedeutung für DIE LINKE sind die Zusammenarbeit mit den
942 Sozialpartnern und die Stärkung der Betroffenen- und Erwerbsloseninitiativen, u.a. durch
943 Wiedereinführung der Förderung von unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose.

944
945 Wir werden das Gesamtsystem der Landesunternehmen einer generellen Aufgabenkritik
946 bezüglich möglicher Aufgabendopplung und der jeweiligen Zielkriterien unterziehen. Daraus
947 sollen dann klare Vereinbarungen und Ziele für ihr Agieren definiert werden. Gleichzeitig ist
948 die Beteiligung des Landes an privaten Wirtschaftsunternehmen kritisch zu überprüfen. Der
949 Beteiligungsbericht des Freistaats Thüringen ist zu erweitern und Ziele der Beteiligung,
950 Aufgaben der Unternehmen, Umfang der staatlichen Förderung bzw. Unterstützung, geplante
951 Dauer der Beteiligung, Stand der Akquise privater Investoren sind darzustellen. Der Aufbau
952 einer „Landesdienstleistungsgesellschaft“ ist zu prüfen.

953
954 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für einen ganzheitlichen Tourismus!**

955 Der Tourismus in Thüringen hat für DIE LINKE eine besondere kulturelle, soziale,
956 ökologische und wirtschaftliche Bedeutung. Sie wird sich für einen sozial gerechten,
957 barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus einsetzen. Dabei wollen wir
958 konkret solche Projekte fördern, die attraktive bezahlbare touristische Angebote auch für
959 sozial Schwache entwickeln und anbieten. Wir wollen den Kinder und Jugendtourismus
960 zielgerichtet in Thüringen ausbauen („Junges Land für junge Leute“). Die Barrierefreiheit, als
961 ein bedeutendes Qualitätskriterium, soll konsequent umgesetzt und über
962 Qualitätswettbewerbe die Familien- und Kinder- sowie Seniorenfreundlichkeit weitergeführt

963 bzw. neu ausgerichtet werden. Wir wollen den Tourismus auch als einen wirtschaftlichen
964 Pfeiler etablieren, denn dort liegt ein erhebliches kurzfristig zu aktivierendes und nachhaltiges
965 Arbeitsplatzpotential. Darum wird die Förderung in diesem Bereich finanziell und inhaltlich
966 deutlich aufgewertet und neu ausgerichtet.

967 Tourismusschwerpunkte Thüringens sind neben der Initiative „Lust auf Natur“ in erster Linie
968 die großen kulturellen und kunsthistorischen Güter des Landes. Alle Tourismusformen
969 werden aufeinander abgestimmt und ein entsprechendes Gesamtprogramm umgesetzt. Dazu
970 gehört für uns die touristische Vermarktung des Thüringer Waldes mit dem „Rennsteig“ als
971 einzigartige Destination in Thüringen und der Ausbau des Städte- und Kulturtourismus. Die
972 frühere Kleinstaaterei mit ihrer Vielfalt an einstigen Residenzen bietet einmalige Chancen zu
973 einer Unverwechselbarkeit. In diesem Zusammenhang sowie mit der Wirtschaftsförderung ist
974 die bessere Ausstattung mit Denkmalschutzkapazitäten zu sehen. Wir setzen uns aktiv ein für
975 den weiteren Ausbau des Wintertourismus und die stärkere touristische Vermarktung von
976 Wintersportevents und stehen für die weitere Entwicklung des Kur-, Gesundheits-, und
977 Wellness-Tourismus. Unabdingbar bleiben auch ein weiterer Ausbau des touristischen
978 Radwegenetzes und die ökologisch verantwortbare touristische Nutzung der
979 Großschutzgebiete unter der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, mit dem
980 Schwerpunkt der Umweltbildung und eine stärkere Zusammenarbeit mit betreffenden anderen
981 Bundesländern sowie die touristische Nutzung historischer Erinnerungsorte.

982
983 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Raumordnung, Landesplanung und**
984 **Stadtentwicklung an der Nachhaltigkeit orientieren!**

985 DIE LINKE wird die Raumordnung und die Landesplanung unter Ausschöpfung der
986 landesgesetzlichen Spielräume nach den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und
987 Wirtschaftspolitik novellieren. Schwerpunkte sind für uns dabei die Hervorhebung der
988 erneuerbaren Energien als vorrangigen öffentlichen Belang, die Überwindung von
989 Zersiedelungen und die Eindämmung des Flächenverbrauchs, aber auch die Berücksichtigung
990 demographischer Fakten. Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und
991 kostensparende Infrastruktur. In diesem Sinne sind auch die Vorhaben der
992 Stadtentwicklungsplanung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene Sparten, wie
993 das Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

994 Mit den landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung sollen auch das Baurecht und
995 das Kommunalrecht sowie die Ausbildungs- und Mittelstandsförderung hin zu einer
996 ressourceneffizienten Wirtschaftsweise angepasst werden. Auch hier gilt es die
997 Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verbänden in den
998 Planungsverfahren zu stärken und die Fristen angemessen zu gestalten.

999
1000 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Entwicklung ländlicher Räume**
1001 **stärken - Schonender Umgang mit Ressourcen!**

1002 Die Entwicklung der ländlichen Räume ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftsentwicklung
1003 Thüringens und erfordert eine abgestimmte Strategie zwischen Wirtschaftsförderung,
1004 Tourismusentwicklung, und Daseinsvorsorge. Das Ziel der Partei DIE LINKE ist es,
1005 gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Thüringens zu erhalten, d.h. Versorgung
1006 mit Gesundheitseinrichtungen, Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Schule) Kultur
1007 und Mobilität, also öffentlichem Nahverkehr und Arbeitsplätzen. Wir setzen dabei auf
1008 regionale Initiativen mit vielfältigen Produktions- und Lebensstrukturen und werden die
1009 Förderprogramme gezielt dafür einsetzen.

1010
1011 Nachhaltige Politik muss einen schonenden Umgang mit Ressourcen zum Prinzip erheben.
1012 DIE LINKE gibt vor allem der Vermeidung von Abfall vor einer qualitativ hochwertigen
1013 Verwertung (Kreislaufwirtschaft) den Vorrang. Eine auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit

1014 beruhende Abfallwirtschaft wird DIE LINKE befördern. Die weitere Flächenversiegelung soll
1015 gestoppt, die Nutzung von Altstandorten für Baumaßnahmen bevorzugt und die Erhaltung der
1016 Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft gewährleistet werden.

1017 Im Mittelpunkt soll auch der verstärkte Einsatz und die konsequente Nutzung bzw.
1018 Veredelung der in Thüringen zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe stehen.

1019 DIE LINKE befürwortet ausschließlich einen umweltverträglichen Kalibergbau ohne
1020 Laugenversenkung sowie mit einer deutlichen Verringerung der Belastung der Werra mit
1021 lebensfeindlichen Kaliabwässern, einer optimalen Rohstoffausnutzung in den Lagerstätten
1022 und die Verbringung der Rückstandshalden unter Tage (bzw. Haldenabdeckung).

1023 Naturgips soll in Zukunft – so weit möglich durch Gips aus Entschwefelungsanlagen ersetzt
1024 werden und damit die einmalige Gipskarstlandschaft im Südharz erhalten werden.

1025

1026 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ressource Wasser - Für eine bezahlbare**
1027 **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!**

1028 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Bestandteil der öffentlichen
1029 Daseinsvorsorge! Seit Jahren wird die Fördermittelbereitstellung für die Aufgabenträger der
1030 Wasserver- und Abwasserentsorgung zurückgefahren und soll mittelfristig eingestellt werden.
1031 Dann sind flächenmäßige Senkungen von Gebühren und Beiträgen nicht möglich.
1032 Grundsätzlich fordert DIE LINKE sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende
1033 Kostentransparenz, Einwohnerbeteiligung bei Investitionen in öffentliche Einrichtungen und
1034 die Konzentration der Aufgabenträger.

1035

1036 DIE LINKE wird darum ausreichend Fördermittel für die Aufgabenträger zur Verfügung
1037 stellen, bezahlbare Entgelte für Wasser und Abwasser in Thüringen einführen. Wir werden
1038 dafür sorgen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum nicht
1039 benachteiligt und die örtlichen Gegebenheiten beachtet werden und dass die Kommunen und
1040 örtlichen Aufgabenträger ihr Finanzierungssystem im Rahmen der kommunalen
1041 Selbstverwaltung eigenständig entscheiden und umsetzen. Aufgabenträger müssen absolute
1042 Kostentransparenz gewährleisten und nachweisen. Eine umfassende Bürgerbeteiligung erfolgt
1043 und Verbraucherbeiräte werden pflichtig eingeführt. Ein nachhaltiger Ausbau und die
1044 Sicherung der ordnungsgemäßen Wasserver- und Abwasserentsorgung wird Vorrang
1045 eingeräumt, ökologisch orientiertes Verbrauchsverhalten wird gefördert und ein
1046 verursachergerechtes Abgabensystem verfolgt.

1047 Wir werden keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen zulassen und ein ausgewogenes
1048 Verhältnis bei den Grundrechten in Bezug auf das Eigentum sowie eine ausgewogenes
1049 Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung herbeiführen.

1050 Durch eine zielgerichtete Förderpolitik und kritische Überarbeitung der Investitionsplanung
1051 können die Abwassergebühren sozial vertretbar gestaltet werden.

1052

1053 DIE LINKE wird verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und des
1054 Grundwassers einleiten. Dabei soll Anschluss an Kläranlagen dort weiter gefördert werden,
1055 wo der Gewässerzustand es erforderlich macht. Die Aufhebung des Anschluss- und
1056 Benutzungszwanges ist in Einzelfällen zu ermöglichen.

1057 Dem Wunsch auf Betreibung von Kleinkläranlagen durch Zweckverbände/Gemeinden zur
1058 Verbesserung der Gewässerstruktur soll stattgegeben werden. Nutzungskonflikten wird durch
1059 Flurneuordnung begegnet

1060 Der Hochwasserschutz soll durch Entsiegelung, Renaturierung, Auenfreihaltung, Erhaltung
1061 und Verbesserung technischer Infrastruktur sowie eine flussgebietsbezogene Fachverwaltung
1062 erreicht werden. Die Sicherung örtlicher Trinkwasserdarangebote und die Zukunftssicherung bei
1063 der Fernwasserversorgung werden durch Effizienzsteigerung, ausreichende Werterhaltung,
1064 frühzeitige Planung der Ersatzwasserversorgung gewährleistet.

1065
1066 Im Bereich des Naturschutzes will DIE LINKE den Biotopverbund, vor allem zwischen den
1067 Großschutzgebieten, vorantreiben. So wird sich das Land Thüringen am Biosphärenreservat
1068 Südharz beteiligen. Die Attraktivität des Nationalparks und der Biosphärenreservate soll
1069 durch Umweltbildung deutlich gesteigert werden. In diesem Zusammenhang soll auch die
1070 Forschung in Schutzgebieten verbessert werden. Der Vertragsnaturschutz wird dort gewährt,
1071 wo keine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist.
1072
1073 DIE LINKE wird eine Korrektur der Maßnahmen der Landesregierung bei den
1074 Umweltbehörden herbeiführen und sich für eine effiziente Umweltverwaltung einsetzen.
1075 Dazu zählen die Aufgabenanalyse und eine anschließende Ansiedelung der Aufgaben nach
1076 der Häufigkeit ihres Anfalls und der gebotenen Ortsnähe. Die Zusammenarbeit kommunaler
1077 Aufgabenträger u. a. auf der Ebene der regionalen Planungsgemeinschaften wird forciert und
1078 die Übertragung von Aufgaben des Landesverwaltungsamtes auf diese Strukturen
1079 vorgenommen.
1080
1081 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Land- und**
1082 **Forstwirtschaft!**
1083 DIE LINKE erkennt die vielfältigen Eigentums- und Produktionsstrukturen – insbesondere
1084 der Agrargenossenschaften - in der Landwirtschaft Thüringens an und setzt sich dafür ein,
1085 dass die derzeitige flächenmäßige Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten
1086 bleibt und insbesondere naturschutzfachliche wertvolle Flächen, wie z.B. Bergwiesen erhalten
1087 bleiben. Dazu bedarf es einer Förderung und Umsetzung einer ökologisch verträglichen
1088 landwirtschaftlichen Produktion, bei der sowohl der Bedarf an Nahrungsmitteln, wie auch an
1089 Bioenergie abgedeckt wird, aber die Bioenergieproduktion nicht zu Lasten der
1090 Nahrungsmittelproduktion geht (Analyse der Potentiale und Masterplan für Thüringen).
1091 Kreislaufwirtschaft, eine verstärkte Nutzung von Reststoffen und neue Strategien der
1092 Biodiversifizierung sowie des Pflanzenschutzes auf pflanzlicher Basis sind hierbei
1093 Schlüsselemente.
1094
1095 Agrarpolitik wird künftig mehr als traditionelle Landwirtschaftsförderung sein. Die deutschen
1096 und europäischen Mittel der Agrarförderung, Förderprogramme der Kreditanstalt für
1097 Wiederaufbau sowie der landwirtschaftlichen Rentenbank wollen wir mit Landesmitteln so
1098 verknüpfen, dass langfristige und wiederkehrende Investitionen im ländlichen Raum möglich
1099 sind. Das Dorferneuerungsprogramm und das Programm „Soziale Stadt“ sollen deshalb
1100 wesentlich stärker als bisher zur Strukturentwicklung des ländlichen Raums genutzt werden.
1101 Aufbauend auf dem Fördergrundsatz der „integrierten ländlichen Entwicklung“ wollen wir
1102 diese Mittel als wirtschafts- und strukturpolitische Plattform nutzen, um mehr Investitionen
1103 für landwirtschaftliche Betriebe, Handwerk, Handel, Tourismus und Gewerbe auszulösen.
1104 Wir wollen Anreize schaffen, um Menschen zu motivieren sich dauerhaft wieder im
1105 ländlichen Raum niederzulassen. Die Verknüpfung von ökologischer Landwirtschaft,
1106 nachhaltigem Tourismus und der Gesundheitswirtschaft insbesondere der
1107 Rehabilitationsmedizin werden Entwicklungsschwerpunkte.
1108
1109 Wir werden uns aktiv einbringen in die zielgerichtete Überarbeitung der EU-Agrarpolitik und
1110 für einen langfristigen Umbau der Agrarsubventionen und eine umweltverträgliche sowie
1111 sozial gerechte Landbewirtschaftung kämpfen.
1112
1113 Mit einem Waldanteil von 33 % an der Landesfläche gehört Thüringen zu den walddreichsten
1114 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Unser Wald ist unverzichtbar für den Erhalt und
1115 Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie unseres Bodens und Wassers. Er dient als Klima-,

1116 Immissions-, Lärm- und Sichtschutz. Die Thüringer Wälder sind vor allem ein
1117 Erholungswald, den wir als ein wichtiges Element eines nachhaltigen und ökologischen
1118 Tourismus entwickeln wollen. Die Thüringer Wälder sollen auch künftig für alle Bürgerinnen
1119 und Bürger zur Verfügung stehen. Der Schutz und die Pflege des Waldes ist deshalb eine
1120 Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

1121 DIE LINKE setzt sich ein für die weitere Mehrung der Waldfläche in Thüringen, den Erhalt
1122 des Staatlichen Forstbetriebs und die Beibehaltung des Einheitsforstamtes. Waldpflege, -
1123 umbau und –bewirtschaftung bergen großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Der
1124 Waldumbau hat zum Ziel, stabile, dem Klimawandel angepasste, naturnahe
1125 Mischwaldbestände zu erreichen, die ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und stabile
1126 Erträge für die Forstwirtschaft bringen. Durch Flurneuordnung und Unterstützung
1127 forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse soll eine Verbesserung der oft für eine effektive
1128 Bewirtschaftung zu kleinteiligen Flächenstruktur herbeigeführt werden. Der Zuwachs an Holz
1129 als wertvoller, innovativer Rohstoff für die heimische Industrie soll mit dem Ziel einer
1130 höchstmöglichen Veredelung einer optimalen Nutzung zugeführt werden. DIE LINKE wird
1131 sich dafür einsetzen, die Wälder in Thüringen nicht ihrer Multifunktionalität zu berauben und
1132 keine einseitige Bewirtschaftung zuzulassen.

1133 Den Einsatz und die Verbreitung gentechnisch veränderter, transgener Organismen lehnen wir
1134 ab.

1135 In der Tierhaltung wird auf eine artgerechte Haltung und Fütterung geachtet, die den Kriterien
1136 der Reduktion von Treibhausgasen, der Kreislaufwirtschaft und der Energiegewinnung
1137 gerecht wird. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Tierschutz auch gesetzlich zu
1138 stärken. Im Landwirtschaftsministerium wird eine Tierschutzbeauftragte oder ein
1139 Tierschutzbeauftragter eingerichtet, der mit administrativer Unterstützung Ansprechpartner
1140 für Bürger und Verwaltung ist und Hinweise zur Verbesserung gibt. Initiativen zur
1141 Einführung eines Verbandsklagerechtes im Tierschutz auf Bundesebene werden im Bundesrat
1142 unterstützt.

1143 Um den zukünftigen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft begegnen zu können
1144 braucht es eine Stärkung der Agrarforschung und der landwirtschaftlichen Beratung.

1145

1146 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine moderne Verkehrspolitik!**

1147 Das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität wächst. DIE LINKE plädiert dafür, Verkehr zu
1148 vermeiden und Verkehr zu verlagern. Diesen Ansatz zu verfolgen und annehmbare Angebote
1149 zu unterbreiten, bedeutet die Menschen mit ihren Wünschen und Vorstellungen mitzunehmen.
1150 Zu berücksichtigen ist auch der demographische Wandel. Bisherige Angebote sind dahin
1151 gehend zu überprüfen, ob sie der alternden Gesellschaft gerecht werden ohne dass dabei die
1152 Bedürfnisse von jungen Leuten vernachlässigt werden. Alle Verkehrsangebote sind
1153 barrierefrei anzubieten, ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Angeboten im Verkehr ist
1154 zu gewährleisten. Der Öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang vor dem
1155 Individualverkehr und wird entsprechend gefördert.

1156

1157 Das vorhandene Schienennetz muss erhalten, gegebenenfalls sogar ausgebaut und eine
1158 Verknüpfung von Straßen- und Schienenpersonennahverkehr vorgenommen werden. Noch
1159 vorhandene Lücken sind zu schließen. Sozialverträgliche Tarife und die Förderung
1160 umweltfreundlicher Antriebssysteme spielen dabei eine zentrale Rolle.

1161 Der Schienengüterverkehr erhält generell Vorrang, Anschlussgleise sind zu erhalten und zu
1162 reaktivieren und werden – wo möglich - Bedingung beim Neubau bei Industrieansiedlungen.
1163 DIE LINKE ist aus Klimaschutz- und Verkehrssicherheitsgründen konsequent für das Verbot
1164 von Long- und Gigalinern. DIE LINKE verfolgt die „Vision Zero“, d.h. Null Verkehrstote.
1165 Dazu fordern wir 0,0 Promille am Steuer und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf
1166 Autobahnen 130 km/h.

1167
1168 DIE LINKE ist gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Erfurt, aber für die Erhaltung des
1169 technisch hohen Niveaus. Der Airport hat nur eine Zukunft beim Charter- und Frachtverkehr.
1170 Wir bekennen uns zum Flugplatz in Altenburg als Regionalflyghafen, dessen Landebahn auf
1171 das sicherheitstechnisch notwendige Niveau ausgebaut werden soll. Langfristig müssen in
1172 diesem Bereich jedoch die Weichen für eine mitteldeutsche Planung gestellt werden.

1173
1174 Im Straßenbau haben Instandsetzung und Instandhaltung Vorrang vor Neubau. Der Bau von
1175 Ortsumgehungen muss mit Verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen
1176 Streckenführung einhergehen. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für
1177 Thüringen zumindest die sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst
1178 entscheiden können ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel
1179 bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter Ersatz der Einnahmeausfälle für die
1180 Gemeinden.

1181
1182
1183
1184 **UNSER LEITPROJEKT: ENERGIEOFFENSIVE UND ÖKOLOGISCHE**
1185 **AUSRICHTUNG DER WIRTSCHAFT**

1186
1187 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für Alternativen in der Energiepolitik!**
1188 Der Klimawandel führt uns vor Augen, dass dem Schutz der Natur die höchste Priorität
1189 eingeräumt werden muss. Die Natur wird auch in Zukunft Basis für das Überleben der
1190 Menschen und für Lebensqualität sein. Die Monopolstrukturen im Energiesektor, die
1191 ursächlich für das Preisdiktat sind, erfordern ein Umsteuern in diesem Bereich. Die
1192 Energieproblematik ist somit zu einer zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen
1193 Frage geworden.

1194
1195 DIE LINKE wird in Thüringen mit einer Energieoffensive einen radikalen Wechsel in der
1196 Energiepolitik einleiten. Wir werden dazu einen Masterplan für ein „Energiesparkraftwerk
1197 Thüringen“ mit gezielten Energiespar- und Effizienzvorschlägen vorlegen. Langfristiges Ziel
1198 ist die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus
1199 regenerativen Energien. Das Land besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und
1200 Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion
1201 zu entwickeln. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten und Vorreiter dieser
1202 Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher
1203 Produkte werden. In diesem Sektor schlummert zudem ein erhebliches Arbeitsplatzpotential,
1204 das geweckt werden muss.

1205
1206 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die Vergesellschaftung von**
1207 **Stromnetzen und Kraftwerken!**

1208 DIE LINKE setzt sich konsequent für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Ein Zurück
1209 hinter diese Festlegung wird es mit uns nicht geben.

1210 Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau kommt der Nutzung von regenerativen Energien
1211 zu. Weitere Bausteine sind die dezentrale Erzeugung und Verwertung von Energie und die
1212 Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien, insbesondere der Einsatz von Kraft-
1213 Wärme-Kopplungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Um ein Ausbrechen aus der
1214 bisherigen Monopolstellung der deutschen Energiekonzerne zu befördern, hält DIE LINKE
1215 eine Vergesellschaftung Stromnetze und Kraftwerke für notwendig.

1216

1217 DIE LINKE wird ein Energiekonzept für das ganze Land Thüringen in Angriff nehmen.
1218 Dabei soll auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen zurückgegriffen und
1219 diese sinnvoll eingebunden werden. Das Vorhaben soll landesweit den Bedarf, die Erzeugung
1220 und die Verteilung bzw. Management (sogenanntes virtuelles Kraftwerk) zusammenführen.
1221 Dazu sollen auch verbesserte Wirkungsgrade bei der Kopplung von Strom- und
1222 Wärmeerzeugung erzielt werden. Für Unternehmen sollen abhängig von ihrem Energiebedarf
1223 optimal Gewerbe- und Industrieflächen angeboten werden können. In Abhängigkeit von
1224 regionalen Gegebenheiten sind verstärkt Eignungsräume (Energieatlas) für die Erzeugung
1225 regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen auszuweisen.
1226 Zudem wird eine Landesenergieagentur gegründet, die die Koordinierung übernimmt.

1227
1228 DIE LINKE wird die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen.
1229 Insbesondere das zurzeit im Aufbau befindliche Energietechnische Zentrum Thüringen (EZT)
1230 an der TU Ilmenau birgt enormes Potential und soll zum Kompetenzzentrum für ganz
1231 Thüringen entwickelt werden. DIE LINKE wird das EZT mit einer Sonderförderung
1232 bezuschussen.

1233
1234 Um die Energieoffensive zu befördern wird DIE LINKE ein öffentliches Landesprogramm
1235 verabschieden, welches Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und
1236 regionalen Initiativen fördert. Unter anderem mit der Solartechnik und den damit befassten
1237 Thüringer Firmen sind einmalige Chancen verbunden zu einem „Dächer-Programm“, also der
1238 verstärkten Nutzung der Solarenergie.

1239
1240 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Reserven erschließen und ökologisches**
1241 **Handeln belohnen!**

1242 Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit
1243 Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen
1244 im Gebäudebereich sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große
1245 Bedeutung beigemessen werden muss. Bei Neubauten sollen mittelfristig Null-
1246 Emmissionshäuser angestrebt werden. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz
1247 deutlich verbessert werden. Für Eigentümer mit geringer Finanzkraft plädiert DIE LINKE für
1248 die Möglichkeiten des so genannten Contractings ein, also der Vorfinanzierung durch Dritte
1249 (z.B. die Thüringer Aufbaubank) und die Tilgung der Investitionskosten aus den eingesparten
1250 Energiekosten.

1251 Zudem setzte sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems ein, welches
1252 ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Schäden
1253 verursachendes Handeln dagegen deutlich belastet.

1254
1255 Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens.
1256 Der Focus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft – Wärme – Kopplung zu
1257 richten.

1258
1259 Die Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung werden zusammengeführt. Zudem wird der
1260 ÖPNV neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen
1261 ausgerichtet werden. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des
1262 Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative
1263 Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.

1264
1265 DIE LINKE bleibt, so lange keine Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, bei ihrem
1266 Nein zur geplanten 380-KV-Stromtrasse des Vattenfall-Konzerns durch den Thüringer Wald.
1267

1268 DIE LINKE spricht sich für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen
1269 jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und
1270 müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen.

1271

1272

1273

1274 **UNSER LEITPROJEKT: MEHR DIREKTE DEMOKRATIE UND**
1275 **BÜRGERBETEILIGUNG!**

1276

1277 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Demokratische Erfahrungen neu**
1278 **beleben!**

1279 Wir wollen mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, damit Thüringerinnen und
1280 Thüringer neu erfahren: politisches Engagement lohnt sich, Veränderung ist möglich,
1281 Gestaltung vor Ort wird durch eigenes Einbringen Realität.

1282 Mit den Bürgerinnen und Bürgern will DIE LINKE gemeinsam realistische und nachhaltige
1283 Politikkonzepte entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen.

1284 Verantwortung auf allen Ebenen wird nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz
1285 und Erfahrung vergeben. Von grundsätzlicher Bedeutung dabei ist die enge Abstimmung mit
1286 den Vereinen und Verbänden, mit Vertretungskörperschaften und Betroffenen-Initiativen.
1287 Bürgerinitiativen soll öffentlich Gehör verschafft, Wege zur Einbringung von Volksinitiativen
1288 im Landtag sollen erleichtert und Möglichkeiten von Volksentscheiden erweitert werden.

1289 Mit ihrem Engagement in zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen die Thüringerinnen und
1290 Thüringer, wie wichtig ihnen demokratische Teilhabe ist. Sie stärken so die repräsentative
1291 Demokratie.

1292

1293 DIE LINKE setzt sich für die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide
1294 auf Landes- und auf kommunaler Ebene ein. Mögliche Themenkataloge sollen auch auf
1295 haushaltsrelevante Sachverhalte erweitert und diese zur Abstimmung zugelassen werden.
1296 Dabei soll der Bürgerentscheid in einen Einwohnerentscheid umgewandelt werden, an dem
1297 sich auch junge Menschen und Migranten ab 14 Jahre beteiligen dürfen. Wir setzen uns auch
1298 für die Wiedereinführung der freien Sammlung bei Volksinitiativen ein. Auf Bundes- und
1299 Landesebene wird sich DIE LINKE einsetzen für die Einführung des kommunalen
1300 Wahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und junge Menschen ab 16 Jahre.

1301

1302 In diesem Sinne sind Demokratie und Bürgerengagement auch Bestandteile im Kampf gegen
1303 Rechtsextremismus und Neofaschismus. DIE LINKE tritt dafür ein, ein solches Bekenntnis
1304 gegen Nationalsozialismus und Neofaschismus in die Verfassung aufzunehmen.

1305

1306 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Kommunen stärken!**

1307 Die Kommunen sind für DIE LINKE das Fundament einer demokratischen und sozialen
1308 Gesellschaft. DIE LINKE sieht in der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch
1309 eine stärkere Stellung der Kommunen im bundesdeutschen System einen Weg zur Sicherung
1310 des Lebens- und Arbeitsstandortes Thüringen.

1311 LINKE Kommunalpolitik sichert die Transparenz und die Öffentlichkeit kommunaler
1312 Entscheidungen. Für uns gilt das Konzept „Gläsernes Rathaus“. Mehr Demokratie ist für uns
1313 eine Voraussetzung für die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung. Für die
1314 kommunalen Problemfelder erarbeiten wir gemeinsam mit den Einwohnerinnen und
1315 Einwohnern alternative Lösungsvorschläge.

1316 Wir suchen das Bündnis mit selbst organisierten Interessenvertretungen und den sozialen
1317 Bewegungen der Bevölkerung.

1318 Die Thüringer Kommunen brauchen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung. Der kommunale
1319 Finanzausgleich muss aus Sicht der LINKEN die Steuerschwäche der Kommunen tatsächlich
1320 ausgleichen. Um die Menschen unmittelbar an der kommunalen Haushaltspolitik zu
1321 beteiligen, plädieren wir für das Instrument des Bürgerhaushaltes. Das kommunale Eigentum
1322 muss erhalten und ausgebaut werden. Jede Privatisierung schwächt die Kommunen.

1323 Eine wesentliche Säule kommunaler Selbstverwaltung ist für uns die wirtschaftliche
1324 Betätigung der Kommunen. Diese ist auszubauen, weil nur so die Aufgaben der
1325 Daseinsvorsorge im Interesse der Menschen bedarfsgerecht realisiert werden kann. DIE
1326 LINKE wird eine Neuordnung des Gemeindegewirtschaftsrechts vornehmen, um die
1327 Gleichstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen am Markt zu sichern.

1328 Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der
1329 Bürger ausrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der gemeindlichen Ebene.
1330 Zweckverbandsstrukturen auf kommunaler Ebene sollen stärkerer Kontrolle durch die
1331 Bürgerinnen und Bürger und Mitbestimmung durch die Kommunalparlamente unterliegen.

1332

1333 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Verwaltung bürgernah und effizient**
1334 **gestalten!**

1335 Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der
1336 Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten. Im Mittelpunkt stehen dabei für DIE LINKE die
1337 Stärkung der gemeindlichen Ebene und der kommunalen Demokratie.

1338 Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen muss aus unserer Sicht
1339 schrittweise in die Zweistufigkeit überführt werden. Hierzu sind die über 70 staatlichen
1340 Mittelbehörden (z. B. das Landesverwaltungsamt) im Regelfall aufzulösen. Deren Aufgaben
1341 und das Personal sind auf die kommunale Ebene zu übertragen. Die dadurch entstehenden
1342 Kosten müssen den Kommunen erstattet werden. Durch die Kommunalisierung wird
1343 erstmalig ein Großteil der Aufgabenerledigung einer tatsächlichen demokratischen Kontrolle
1344 und Steuerung unterzogen. Die weitere Aufgabenübertragung kann nicht in die derzeit
1345 bestehende kommunale Verwaltungs- und Gebietsstruktur erfolgen, weil diese zu
1346 kleingliedrig ist. Das Leben findet für die Einwohnerinnen und Einwohner vorrangig in den
1347 Gemeinden statt. Ihren berechtigten Anspruch, dass alle kommunalen Angelegenheiten
1348 konzentriert durch die Städte und Gemeinden wahrgenommen werden, wollen wir realisieren.
1349 Deshalb sind leistungsfähige und bürgerorientierte Gemeindestrukturen notwendig. Nur so
1350 lassen sich solche Projekte wie die Bürgerkommune oder der Bürgerhaushalt in der Praxis
1351 umsetzen. Leistungsstarke Gemeinden sind auch eine Voraussetzung für mehr kommunale
1352 Demokratie und Bürgermitwirkung. Die Bürgernähe wird dadurch gesichert, dass in allen
1353 Gemeinden Bürgerservicebüros eingerichtet werden. Hier können die Einwohnerinnen und
1354 Einwohner alle Angelegenheiten erledigen, auch die, für die andere Behörden zuständig sind.
1355 Die bisherigen Landkreise können dann, in einem weiteren Schritt, in Regionalkreise
1356 umgewandelt werden. Diese Regionalkreise nehmen nur noch Aufgaben von überörtlicher
1357 Bedeutung wahr. Eine Unterscheidung zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten
1358 und Gemeinden ist unter diesen Bedingungen nicht mehr erforderlich. Die bisherigen
1359 Verwaltungsgemeinschaften sollten nur noch im Ausnahmefall fortbestehen. Durch
1360 Änderungen im Kommunalwahlrecht wird DIE LINKE sichern, dass bei der Wahl der
1361 Kreistage die regionale Verankerung gesichert bleibt. Die in Thüringen bestehenden
1362 Planungsregionen sind eine Struktur, die als Grundlage für das Regionalkreismodell dienen
1363 kann.

1364 Freiwillige Strukturveränderungen wird DIE LINKE in einer mittelfristigen Übergangsphase
1365 besonders fördern.

1366 Alle Strukturveränderungen werden im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern
1367 vollzogen. Deshalb sind die Neugliederungsmaßnahmen durch Einwohnerentscheide zu
1368 bestätigen. Für die anstehenden Reformen soll eine umfassende Beteiligung und Mitwirkung

1369 aller betroffenen Beschäftigten und Beamten durch die Ausweitung des Thüringer
1370 Personalvertretungsrechtes gesichert werden.

1371 Ziel der Thüringer LINKEN ist die Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeits- und
1372 Dienstrechtes. Eine LINKE Landesregierung tritt für die Stärkung der Europafähigkeit der
1373 Verwaltungen durch Ausbau der Sprachkompetenz und internationale Austauschmaßnahmen
1374 ein.

1375

1376 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Bürgernahe Rechts- und Justizpolitik**
1377 **gestalten!**

1378 Ziel LINKER Rechts- und Justizpolitik ist die Stärkung und Gewährleistung sozialer
1379 Gerechtigkeit sowie eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft, in die sich
1380 Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Deshalb soll der Thüringer Justiz mehr
1381 Eigenverantwortung zugewiesen werden, und zwar in konsequenter Stärkung der
1382 Selbstverwaltung der Justiz. Der Thüringer Justiz ist eine Stellung zu verschaffen, die ihr
1383 nach dem Gewaltenteilungsprinzip dem Grunde nach zugewiesen ist. Dem dient auch die
1384 weitere Demokratisierung und der Ausbau der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der
1385 Thüringer Justiz, verbunden mit der verstärkten Ausgestaltung politischer und sozialer Grund-
1386 und Bürgerrechte.

1387 Zugleich soll das Zusammenspiel zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei
1388 deutlich verbessert und Verfahren beschleunigt werden.

1389

1390 Für LINKE Rechtspolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Rechten im Bereich
1391 der Gesetzgebung im Mittelpunkt. Gesetzestexte, Verfahrensläufe, Urteile und Bescheide
1392 müssen für den Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Im einzufordernden Prozess der
1393 Demokratisierung sieht DIE LINKE ein Wechselverhältnis in der Entwicklung des Sozial-
1394 und Rechtsstaates. Grundsatz LINKER Rechtspolitik ist der Schutz der Benachteiligten in der
1395 Gesellschaft.

1396 Da DIE LINKE die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter als unabdingbar und
1397 unbeschränkbar sieht, unterstützt sie ausdrücklich die Stärkung der Gerichte in Budgetfragen.
1398 Staatsanwaltschaften müssen von Möglichkeiten politischer Einflussnahme auf
1399 Ermittlungstätigkeit frei sein.

1400 Die Durchsetzung des Rechts ist durch eine ausreichende Anzahl von Richterinnen und
1401 Richtern, durch eine gute ausgestattete und ausgebildete Justiz sowie durch die Stärkung der
1402 Verfahrensrechte der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Transparenz in Thüringen zu
1403 sichern. Widerspruchsrechte sind ohne Kostenfolgen zu gewährleisten. Alle Versuche, die
1404 Wahrnehmung von Rechtsschutz durch finanzielle Hürden zu erschweren, werden
1405 zurückgewiesen. DIE LINKE lehnt auch Einschränkungen bei der Prozesskostenhilfe und der
1406 Beratungshilfe ab.

1407

1408 DIE LINKE will einen modernen Strafvollzug, der konsequent an Erfordernissen der
1409 Sozialisierung und Resozialisierung ausgerichtet ist. Nur eine wirksame und langfristige
1410 erfolgreiche (Re-)Sozialisierung von straffällig gewordenen Menschen, insbesondere
1411 Jugendlichen, bringt den Menschen und damit der Gesellschaft nachhaltige Sicherheit.

1412

1413 DIE LINKE wird das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz novellieren, um dem
1414 Erziehungsgedanken konsequent Rechnung zu tragen.

1415 In den Vollzugseinrichtungen sind die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten und die
1416 Unterbringungsbedingungen sowie die ärztliche Versorgung der Strafgefangenen zu
1417 verbessern.

1418 Zur stärkeren Transparenz und politischen Akzeptanz schlägt DIE LINKE vor, in allen
1419 öffentlichen Verwaltungen Antikorruptionsbeauftragte mit Kontrollrechten einzusetzen.

1420 Und DIE LINKE lehnt jede Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben ab.

1421

1422 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Rechtsextremismus und**
1423 **Neofaschismus!**

1424 Eine zukünftige Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN wird sich zum Kampf gegen
1425 den Rechtsextremismus bekennen. Sie wird Partner gesellschaftlicher Akteure sein und ein
1426 Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz schaffen.

1427 Rechtsextreme Organisationen, Aktivitäten und Einstellungen gefährden Demokratie und
1428 Freiheit. Thüringen belegt inzwischen im Ländervergleich bei rechtsextremen Gewalttaten
1429 den dritten Platz, die Mitgliederzahlen der NPD in Thüringen steigen, damit geht eine
1430 aggressive Aktivierung der Anhängerschaft einher.

1431 Zivilgesellschaftliches Engagement ist in Thüringen in vielen Städten und Orten verankert.
1432 Eine nachhaltige, strukturelle und durchdachte Strategie seitens der staatlichen
1433 Verantwortungsträger fehlt jedoch. Deshalb fordert die DIE LINKE ein Landesprogramm für
1434 Demokratie und Vielfalt. Es soll die Situation des Rechtsextremismus in Thüringen
1435 analysieren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten ebenso wie
1436 Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung mit Zuschüssen und Förderungen
1437 unterstützen.

1438 Staatliche Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus müssen
1439 im Gleichklang erfolgen. Wir setzen uns für ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD
1440 ein.

1441

1442 Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz hat sich als untauglich in der
1443 Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erwiesen. Mit fragwürdigen Methoden
1444 werden Informationen gewonnen, die anschließend weder öffentlich noch gegenüber anderen
1445 Behörden sinnvoll eingesetzt werden. Mehrfach unterrichtete der Verfassungsschutz
1446 Polizeibehörden nicht über bevorstehende Neonaziveranstaltungen und provozierte so für die
1447 Beamten unklare und gefährliche Einsätze.

1448 Deshalb will DIE LINKE, als Ersatz für das Landesamt für Verfassungsschutz die Erledigung
1449 derartiger Aufgaben durch ein Dokumentationszentrum für Menschen- und Grundrechte
1450 übernehmen lassen.

1451

1452 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Datenmissbrauch und für eine**
1453 **aktive Sicherheitspolitik!**

1454 DIE LINKE setzt sich konsequent für wirksamen Datenschutz ein, für klare Regelungen in
1455 der Überwachung und gegen die Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger. Eingriffe in die
1456 Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in engen und scharf kontrollierten
1457 Grenzen im Rahmen der Gesetze erfolgen. Das gilt auch und besonders im Bereich der
1458 Arbeitsagenturen, Finanzämter und Sozialbehörden. Dem Drang der Privatwirtschaft nach
1459 immer genaueren Profilen von Kunden und Nutzern sind Grenzen zu setzen. Die LINKE setzt
1460 sich für ein Verbot des Handels mit persönlichen Daten ein.

1461 Rechte und Möglichkeiten des Datenschutzbeauftragten können verbessert werden. Ihm wird
1462 ein Vorbehalt bei der Errichtung datenschutzrechtlicher Einrichtungen eingeräumt. Das
1463 Sicherheitsüberprüfungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Dort geregelte weit reichende
1464 Ausforschungsmöglichkeiten des Staates im persönlichen Umfeld von Arbeitnehmern sollen
1465 eingeschränkt werden. Wir werden auch ein modernes Informationsfreiheitsgesetz mit
1466 umfassenden Auskunftsrechten, nur wenigen Einschränkungen und entgeltfreier Auskunft
1467 erarbeiten.

1468

1469 DIE LINKE tritt für eine ursachenbezogene und lösungsorientierte Sicherheitspolitik ein.
1470 Polizeipolitik soll bürgerrechtsorientiert und nicht vollzugsorientiert sein. Durch adäquate

1471 Flächenstruktur der Polizeiinspektionen und mehr Kontaktbereichsbeamte soll der Vor-Ort-
1472 Bezug gestärkt werden. Basisdienststellen sind das A und O einer bürgernahen Polizei und
1473 probates Mittel zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau von
1474 Sicherheitsängsten. Die LINKE fordert mehr Polizisten im Streifendienst und nicht immer
1475 mehr leblose Überwachungstechnik. Thüringen muss seine Ausbildungszahlen bei der Polizei
1476 erhöhen und den Dienst attraktiver machen. Polizisten müssen zur Wahrung staatlicher
1477 Hoheitsaufgaben gut ausgebildet, ausgestattet, gut bezahlt und motiviert sein. Hemmnisse und
1478 Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Interne Kontrolle versagte an vielen Stellen.
1479 Bürger haben ein hohes Vertrauen in die Polizei. Eine Polizeibeschwerdestelle könnte den
1480 angestrebten Wandel im Selbstbild der Polizei befördern. Wo eine derartige Kommission
1481 arbeitete (z.B. Großbritannien) hat sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei als auch
1482 die der Beamten selbst deutlich erhöht. Zudem fordert DIE LINKE die anonymisierte
1483 Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten.
1484 Zur Erhöhung des Eigenschutzes der Polizeibeamten, um Einsatzlagen sicherer zu bestreiten,
1485 gefundene Waffen schnell und eindeutig zuzuordnen und die Kontrolle des Waffenbesitzes zu
1486 vereinfachen bzw. zu vereinheitlichen bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung nach einem
1487 zentralen Waffenregister.
1488 Eine notwendige Polizeistrukturereform muss im Rahmen der Umsetzung der Funktional-,
1489 Verwaltungs- und Gebietsreform gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet und umgesetzt
1490 werden. Bei den Polizeidirektionen orientiert sich DIE LINKE an den bestehenden 4
1491 Planungsregionen. Ziel sind Abbau der Verwaltungsarbeit im Polizeidienst und Stärkung der
1492 eigentlichen Polizeiarbeit, die qualitativen neuen Anforderungen gewachsen sein muss.
1493 Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und das Thüringer Verfassungsschutzgesetz
1494 werden durch DIE LINKE so novelliert, dass die Grundrechte der Bürger nicht
1495 unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Ziel ist ein wirksamer Rechtsschutz, der
1496 insbesondere Eingriffe in Grundrechte ohne richterliche Genehmigung verbietet und die
1497 Betroffenen nach Beendigung entsprechende Eingriffe über die Maßnahmen so informiert
1498 werden, dass sie die Maßnahme auch nachträglich gerichtlich überprüfen können.
1499
1500 DIE LINKE setzt sich weiterhin für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz
1501 und für die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren ein. Gemeinsam mit den Betroffenen
1502 sollen personelle und strukturelle Neuausrichtungen der Feuerwehren diskutiert und
1503 umgesetzt werden.
1504 Ein entsprechendes Maßnahmenpaket muss vor allem die durch den demografischen Wandel
1505 und arbeitsbedingte Abwanderung insbesondere im ländlichen Raum zu Problemen führenden
1506 Rahmenbedingungen korrigieren, Anreize zum Engagement in den Feuerwehren schaffen und
1507 Ausgleichsmaßnahmen wie einen wirksamen Versicherungsschutz oder den Ausgleich von
1508 Arbeitszeit für den ehrenamtlichen Einsatz enthalten.
1509 DIE LINKE wird sich für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der
1510 Gefahrenabwehr einsetzen und die Zusammenführung des Rettungsdienstgesetzes und des
1511 Brand- und Katastrophenschutzgesetzes prüfen.
1512
1513 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen braucht mehr Menschen und**
1514 **Zuwanderung!**
1515 Thüringen war immer und ist ein weltoffenes Land, lebt und profitiert vom demografischen
1516 Zuzug. Darum ist eine Neuprofilierung der Integrationspolitik notwendig. Zudem fördert eine
1517 Politik der Integration von Migrantinnen und Migranten die Bekämpfung rechtsextremer
1518 Tendenzen und rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung.
1519 Darum wird DIE LINKE sich weiterhin für die uneingeschränkte Gleichstellung der in
1520 Thüringen lebenden Migrantinnen und Migranten einsetzen. DIE LINKE fordert darum, die
1521 Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, die dezentrale Unterbringung von

1522 Flüchtlingen in Wohnungen bzw. Wohnformen des individuell betreuten Wohnens, die
1523 Leistungsgewährung nach Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Bargeld, die Förderung
1524 eines landesweiten Beratungsnetzwerkes für Flüchtlinge und einen Maßnahmenkatalog für die
1525 Integration von Migrantinnen und Migranten in Thüringen.

1526 Dazu setzt eine LINKE Landesregierung eine Integrationsbeauftragte mit Vortragsrecht beim
1527 Ministerpräsidenten, im Kabinett und im Thüringer Landtag ein. Sie soll insbesondere
1528 wirtschaftliche, soziale und politische Benachteiligungen abbauen und dazu landesweite
1529 Netzwerke, Kommunen und Ressorts beraten. Damit sichert eine Landesregierung, dass
1530 engagierte Einbringen und die Akzeptanz von Spätaussiedlern und Zuzüglern, denn wir
1531 brauchen ihr Engagement, ihre Partizipation für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen.

1532
1533 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Frieden fängt vor der Haustür an –**
1534 **Thüringen sagt Nein zu Krieg und Gewalt!**

1535 Die LINKE ist eine Antikriegspartei. Als solche nimmt sie auch in Bundesländern und
1536 Kommunen ihre Verantwortung für eine aktive Friedenspolitik wahr. Krieg und Gewalt
1537 dürfen kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein. Es gibt andere Sicherheitskonzepte,
1538 es gibt eine andere politische Kultur. Kinder wachsen in einer zunehmend militarisierten Welt
1539 auf. Sie kennen Krieg aus Medien, aus Spielen. Wir halten es für eine notwendige Aufgabe,
1540 die Lehr- und Unterrichtsplanung und den Gehalt des Unterrichtes unter dem Aspekt der
1541 Friedenserziehung sowie des „Einer-Welt-Gedankens“ zu verstärken. Antimilitarismus und
1542 friedliche Konfliktlösung gehören in Erziehungs- und Lehrpläne. Kriegsspielzeug hat nichts
1543 in Kindergärten und Schulen verloren. Kinder und Jugendliche dürfen nicht unkritisch mit
1544 Armeen und Waffen konfrontiert werden. Zurschaustellung von Kriegsgerät in Ausstellungen
1545 und bei öffentlichen Anlässen muss aufhören. Der Missbrauch von Waffen muss geächtet
1546 werden. Jugendliche und Heranwachsende müssen sich eine eigene Meinung zum Wehrdienst
1547 und zum Berufssoldatentum bilden können. Unkritische Werbung für diese in Schule und
1548 durch Arbeitsagenturen sowie die Verharmlosung von Krieg und Gewalt in den Medien
1549 lehnen wir ab. Auch Universitäten müssen Verantwortung übernehmen. Forschung für und
1550 Drittmittelannahme durch Rüstungskonzerne lehnen wir ab.

1551 DIE LINKE setzt sich zudem als Friedenspartei konsequent für die Konversion, d. h. die
1552 Umwidmung bisher militärisch genutzter Flächen, Standorte und Unternehmen für zivile
1553 Zwecke ein.

1554 Militärische Nutzbarkeit und Missbrauch ziviler Forschung muss für die zukünftige
1555 Wissenschaftlergeneration wieder Thema werden.

1556 Wir sehen die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien jedoch auch als Teil der
1557 Gesellschaft. Standorte sind verflochten mit der strukturellen und infrastrukturellen
1558 Entwicklung von Kommunen. Dort wo Militär- und Rüstungsgüter in Thüringen produziert
1559 werden, werden wir uns zusammen mit Wissenschaft, Arbeitnehmervertretungen und
1560 Wirtschaft dafür einsetzen, Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln. Thüringen
1561 setzt sich im Bund für die Rücknahme der Stellen für zivil-militärische Zusammenarbeit auf
1562 Kreisebene ein. Thüringen sollte verstärkt auf Städtepartnerschaften mit Ländern außerhalb
1563 der Industrienationen setzen, um einen Austausch über Krisen- und Kriegsursachen und deren
1564 Bekämpfung im globalen Maßstab in der Bürgerschaft zu ermöglichen.

1565 Zum zivilgesellschaftlichen Leben im Friedensland Thüringen gehört die ungehinderte
1566 Tätigkeit von Friedensgruppen, Institutionen und auf die Verbreitung des Friedensgedankens
1567 gerichteter Bewegungen auf lokaler und Landesebene: So z. B. die Ostermarschbewegung
1568 (wie gegen die Weiterführung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf), überparteiliche
1569 Friedenskreise in Kreisen und Städten, Zusammenschlüsse junger Friedensbewegter, die
1570 kirchliche Friedensarbeit. DIE LINKE sieht sich als Teil der Friedensbewegung.

1571 Für DIE LINKE ist Landespolitik auch Friedenspolitik. Mit einem Rüstungsatlas können
1572 Bürgerinnen und Bürger über rüstungsrelevante Forschung und Produktion informiert werden.

1573 Da die gegenwärtig auf Militarisierung und Auslandseinsätze der Bundeswehr gerichtete
1574 Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik die Sicherheit und die Lebensverhältnisse
1575 der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Thüringen in direkter Weise beeinflusst, setzen
1576 wir uns dafür ein, dass auch Landtag und Landesregierung als gewählte Organe des
1577 Freistaates Thüringen ihren Einfluss im Bund und insbesondere auch im Bundesrat im
1578 Interesse ihrer Bürger geltend machen, um eine Änderung der Außenpolitik der
1579 Bundesrepublik im Sinne von Frieden und Gewaltfreiheit zu erreichen.

1580

1581 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen im Bund und in Europa**
1582 **wirksamer vertreten!**

1583 In Fragen des Föderalismus und der Vertretung Thüringens im Bundesrat sowie in den Bund-
1584 Länder-Beziehungen treten wir dafür ein, die Parlamente der Länder gegenüber den
1585 Landesregierungen zu stärken.

1586 Die Europäische Union kann ein demokratisches Erfolgsmodell zur Friedenswahrung und
1587 Wohlstandsteilhabe sein, bedarf aber dringend der sozialstaatlichen und direktdemokratischen
1588 Ausgestaltung. Thüringen setzt sich als östliches Bundesland für die gleichberechtigte
1589 Teilhabe der neuen EU-Mitgliedsstaaten ein.

1590 Die Brüsseler Vertretung wird als Frühwarnsystem zur Beeinflussung europäischer Politik im
1591 Interesse der Länder und Regionen gestärkt und in europäischen Netzwerken deren
1592 Durchsetzungskraft erhöht. Dies gilt insbesondere für eine starke Vertretung im Ausschuss
1593 der Regionen. Die öffentliche Akzeptanz des Gremiums soll insbesondere in
1594 Rechtssetzungsverfahren gegenüber der Kommission zur Einflussnahme der Länder und
1595 Regionen erhöht werden. Vor allem die EU-Strukturfonds müssen stärker auf den Bedarf der
1596 Regionen ausgerichtet werden.

1597

1598 Die wirksame Vertretung der Interessen des Freistaates auf Bundes- und Europaebene wird
1599 durch interregionale Zusammenarbeit ergänzt. Dazu wird die Landesregierung die
1600 Partnerschaften mit Litauen und Polen, mit Ungarn und den französischen Partnerregionen
1601 vertiefen. Aus Mitteln des Wettspielbetriebes sowie von Lotterien sollen Städte- und
1602 Schulpartnerschaften, internationale Austauschprogramme von Kindern und Jugendlichen
1603 sowie Projektkooperationen mit Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika gefördert
1604 werden. Damit will DIE LINKE auch ihrer globalen Verantwortung für die Durchsetzung von
1605 Menschenrechten und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien in
1606 Partnerländern gerecht werden. Die Erfahrungen aus internationalen Kooperationen wirken in
1607 den Erfahrungshorizont von Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen zurück, stärken das
1608 Engagement und die Zivilgesellschaft sowie das Problembewusstsein für Verantwortung in
1609 der einen gemeinsamen Welt.

1610

1611 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine gerechte Steuerpolitik und**
1612 **gleichwertige Lebensverhältnisse!**

1613 Die Regierung Althaus und die vorherigen CDU-Regierungen haben im Bundesrat alle
1614 Steuerreformen unterstützt, mit denen in den vergangenen Jahren die Unternehmen entlastet
1615 und die einfachen Bürgerinnen und Bürger belastet wurden.

1616 Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und das Prinzip eines
1617 solidarischen und sozialstaatlichen Föderalismus wollten sie zugunsten eines
1618 Wettbewerbsföderalismus mit Dumpinglöhnen, Unterbietungssteuersätzen und eines
1619 dogmatischen Schuldenverbotes aufs Spiel setzen. Die Folgen dieser Politik trägt auch das
1620 Land Thüringen mit seinen Städten und Gemeinden, die vielfach Pflichtaufgaben nicht mehr
1621 finanzieren können. Im Vergleich zu den Vorjahren wird Thüringen im Jahr 2020 rund 1,5
1622 Mrd. Euro weniger Einnahmen aus Solidarpakt-Mitteln erhalten.

1623 Wir werden deshalb im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, mit denen eine höhere
1624 Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und die großen Unternehmen sowie die Besitzer großer
1625 Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft beteiligt werden.
1626 Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen sowie die Steuerehrlichkeit verbessern und werden
1627 in diesem Sinne auch die Ausstattung der Finanzämter prüfen.

1628 Wir werden bei der Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union
1629 im Besonderen die Bedürfnisse der thüringischen Städte und Gemeinden zur Geltung bringen.

1630

1631 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Solide Landesfinanzen durch**
1632 **Konsolidierung und Investitionen!**

1633 Nach 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz und
1634 eine solide Finanzplanung für den von uns angestrebten politischen Wechsel. Wir brauchen
1635 dringend Klarheit, welche finanziellen Erblasten die Thüringer Bevölkerung aufgrund der
1636 verfehlten Politik der vergangenen Jahre in der Zukunft wirklich zu tragen haben wird.

1637

1638 Künftige Landeshaushalte müssen schwierigen Anforderungen genügen. Um die Verwaltung
1639 des Mangels durch eine zukunftsfähige Politik ablösen zu können, ist eine Doppelstrategie
1640 aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung nötig. Ein Verschuldungsverbot in der
1641 Verfassung wird es mit der LINKEN nicht geben.

1642 DIE LINKE steht für den Grundsatz: starke Schultern können mehr tragen als schwache. Im
1643 Unterschied zur CDU wird es mit uns eine Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge statt
1644 neoliberaler Privatisierungseuphorie geben.

1645 Wir werden die variablen Teile der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für
1646 eine Neuausrichtung der thüringischen Politik im Sinne unserer Leitprojekte einsetzen.

1647

1648 Wir werden nicht alle unsere Ziele sofort erreichen können – aber wir wollen sie Schritt für
1649 Schritt umsetzen.

1650

1651 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

1652

1653 **Auf Ihre Entscheidung kommt es an!**

1654

1655 **Thüringen verdient VERÄNDERUNG!**

1656

1657 **Darum ihre Stimme für DIE LINKE!**

1658

1659

1660